

Wöchentlich 4 Pfennig monatlich... Reichsanwalt im Prozess... Landes 5,50 Reichsanwalt am Senat

Der „Vorwärts“ mit der Kultur... Sonntag und Montag einmal

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Komparativität... wochentl. von 6 1/2 bis 17 Uhr

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontofonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten

Der Luther-Standal wächst!

Berdunklungs- und Verschleppungsversuche der Bürgerblockregierung.

Die Koalitionspresse hat auf Verabredung den Standal um Luther totgeschwiegen. Gestern abend in später Stunde verbreitete die Telegraphen-Union eine Auslassung...

„In parlamentarischen Kreisen sind die Ausführungen des Reichskanzlers Dr. Marx über die Berücksichtigung der von der preussischen Regierung erhobenen Ansprüche auf einen Sitz im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft...

Die Polemik, die sich um die Person des früheren Reichskanzlers Dr. Luther in dieser Frage entsponnen habe, sei schon deshalb unangebracht, weil Dr. Luther nach seiner ersten Ernennung bekanntlich gleich wieder ausgelost worden sei...

daß nach ihrer Ansicht eine erneute Anrufung des Staatsgerichtshofs durch Preußen der geeignetste Weg sei,

um die notwendigen Richtlinien für die Ausführung der demnachsten Entscheidung des Staatsgerichtshofes festlegen zu lassen.

In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß dieser Weg auch schon deshalb notwendig sei, um klarzustellen, wie weit die von den übrigen Reichsbahnländern Württemberg, Bayern, Sachsen und Baden im Hinblick auf die preussischen Forderungen geäußerten Wünsche nach einer analogen Berücksichtigung ihrer Interessen im Verwaltungsrat mit der notwendigen Sicherstellung des gesellschaftlich festgelegten Einflusses der Reichsregierung auf die Deutsche Reichsbahngesellschaft vereinbart werden können.

Wie verlautet, rechnet man in parlamentarischen Kreisen damit, daß in dieser ganzen von Preußen wieder aufgerollten Angelegenheit kein weiterer Schritt erfolgen wird, ehe der Reichstag das ihm von der Reichsregierung unterbreitete Material geprüft hat.

Aus dieser Auslassung geht die Absicht hervor, den Standal um Luther zu vertuschen und die Ausführung des Urteils des Staatsgerichtshofes zu verschleppen.

Das einfachste Mittel, das der Reichsregierung zur Verfügung steht, um Preußen zu seinem Recht zu verhelfen und das Urteil des Staatsgerichtshofes auszuführen, wäre, Herrn Luther aufzufordern, seinen Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn freizugeben, damit ein preussischer Vertreter ernannt werden kann. Nach dieser Auslassung wird die Reichsregierung diesen Schritt nicht tun. Und warum nicht? Sie ist durch einen Vertrag an Herrn Luther gebunden.

Dieser Vertrag ist zwar nicht, wie der Staatsvertrag mit Preußen, in feierlicher Form niedergelegt worden. Es ist eine Vereinbarung, die zwischen Ministern getroffen worden ist.

Als die Stellung des Herrn Luther als Reichskanzler infolge der Flaggenverordnung unmöglich geworden war, haben ihm seine Kollegen, aus dem Kabinett nahegelegt, bis auf weiteres aus dem Reichsdienst auszuschiden. Es ist ihm zugesagt worden, daß er für diesen Fall den Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn erhalten würde. Es ist ihm ferner aus Reichsmitteln jene Reise nach Südamerika bezahlt worden, die er unmittelbar nach seiner Ernennung zum Verwaltungsratsmitglied der Reichsbahn angetreten hat. Diese Reise hat ein halbes Jahr gedauert. Ein halbes Jahr lang war also der Sitz, auf den Preußen von Rechts wegen Anspruch zu erheben hat, praktisch unbesetzt.

Die ehemaligen Kollegen des Herrn Luther sind vertragstreu - allerdings nicht gegenüber Preußen. Sie halten nicht den rechtsgültigen Staatsvertrag, den sie mit der preussischen Regierung geschlossen haben, wohl aber halten sie jenen ungeschriebenen Vertrag, mit dessen Hilfe Herrn Luther sein Abschied erleichtert wurde, ein Vertrag, der gegen die guten Sitten verstößt.

Nach der Auslassung der Telegraphen-Union scheut sich jedoch die Reichsregierung, den Vertrag mit Preußen offen zu brechen. Sie wendet deshalb wintelsadovatorische Kniffe an, um die Rechtslage zu verdunkeln und die Ausführungen des Urteils des Staatsgerichtshofes zu verschleppen. Was sind das für faule Ausreden, die in dieser Auslassung wiedergegeben werden! Diese Ausreden sind durch das Urteil des Staatsgerichtshofes und seine Begründung längst widerlegt. Daß sie trotzdem noch angewandt werden, zeigt nur den Willen der Reichsregierung, die Angelegenheit bis zum Herbst hinauszuziehen. Dann werden nämlich einige Verwaltungsratsmitglieder ausgelost, und dann kann man einen anderen gehen lassen, damit Luther bleiben kann.

Die Reichsregierung ist die Gefangene eines früheren Ministerverprechens an Luther, sie ist die Gefangene der Schwerindustrie, die sich schühend vor Herrn Luther, ihren vielbewährten Aufsichtsrat, gestellt hat.

Der Eiterherd Makedonien.

Gendarmen und Geheimorganisationen.

Von Hermann Wendel.

Wenn Zeitungen mit einer Nachricht aus Makedonien ausgerufen werden, weiß man von vornherein: wieder krachten Brownings und Bomben, wieder floß Blut, wieder liegen Leichen in einer Stadt dieses unglücklichen Landes. So hat eben in Skopje die junge Maria Bunev den Justizreferenten Westmir Prelitsch niedergeschossen und sich gleich darauf selbst tödliche Verletzungen beigebracht; Täterin und Opfer hauchten im Krankenhaus ihr Leben aus. Seit im Oktober v. J. General Kowatschewitsch in Skopje „umgelegt“ wurde, hat kein makedonisches Attentat Europa mehr aufhorchen lassen als dieses, aber inzwischen liegen genug Anschläge auf Kasinos, Hotels und Bahnstrecken und dahinter wird das Totenkopfwappen der I M R O (Innere Makedonische Revolutionäre Organisation) sichtbar und erhebt sich das Medusenhaupt der makedonischen Frage.

Worin besteht das Wesen der makedonischen Frage? Die Antwort der gerade im Ausland fanatisch tätigen makedonischen Propaganda ist: In der nationalen Unterdrückung der Makedonier, die sich insgesamt als Bulgaren fühlten und zu Serben gemacht werden sollten! Der größte Teil der deutschen Presse wagt durch seine Schilderungen die Vorstellung, als rolle in Makedonien ein nationales Trauerspiel ab wie in Südtirol, wo einer deutschen Bevölkerung eine art- und sprachfremde Herrschaft die Sporen in die Weichen stößt. Aber wenn der kleine Makedonier in die serbische Schule geht, widersährt ihm keineswegs die nationale Vergewaltigung, der der kleine Südtiroler in der italienischen Schule ausgelehrt ist, sondern er mag sich vornehmen wie der oberbanerische Bauernhub, der sich in der Schule hochdeutsch ausdrücken soll. Denn die Mundart der Makedonier steht dem Schriftserbischen nicht viel ferner als dem Schriftbulgarischen. Ja, mehr! Das Problem arbeitet in seiner Schärfe nur heraus, wer sich stets vor Augen hält, daß auch Serben und Bulgaren Nachbarstämme ein- und desselben Südslawenvolks, Serbisch und Bulgarisch Dialekte der gleichen südslawischen Sprache sind. Auch dem Polen macht es ein beliebiger Satz aus einem beliebigen Vokabular anständig: „Der berühmte Frankfr hatte die Gemohnheit, zu sagen, daß jener, der früh zu Bett gehe und früh aufstehe, zu Reichtum, Gesundheit und Klugheit gelange.“ Dieser Satz lautet:

bulgarisch: Znamenitij Franklin imal navika, da kazva, ce tozi, koito rano.

serbisch: Znameniti Franklin imao naviku, da kazva, dasonaj, koji rano.

bulgarisch: lega i rano stava, ste bude bogat, zdrav i umen.

serbisch: legne irano ustane, ce buditi bogat, zdrav i uman.

Wahrhaftig, weit stärkere Unterschiede klaffen zwischen oberdeutscher und niederdeutscher Mundart als zwischen den Sprachen dieser feindlichen Balkanbrüder!

Dennoch ist die makedonische Frage nicht aus der Welt zu reden. Nur trägt sie, obwohl die ganz dünne Bildungsschicht in Makedonien sich überwiegend als Bulgaren fühlt, nicht in erster Reihe nationales Gepräge, sondern ist ein Komplex von ökonomischen und sozialen, kulturellen und politischen Problemen. Der christliche Makedonier, Jahrhundert unter dem Türken verfloht, zum Halbtier erniedrigt, hoffte, daß mit dem ersten Balkankrieg 1912 die Stunde seiner Befreiung geschlagen habe. Statt dessen raufte zunächst Serben und Bulgaren um seine Haut, und dann gingen die Schrecken des Weltkrieges über das geprüfte Land hin. Hätte nach 1918 Belgrad den Wiederaufbau tatkräftig begonnen, eine gründliche und gerechte Agrarreform durchgeführt, Verkehrswege angelegt, das Wirtschaftsleben gefördert, das Unterrichtswesen entwickelt und vor allem den Makedonier die frische Luft politischer Freiheit atmen lassen, so wäre die makedonische Frage längst arg zusammengeschrumpft. Aber von allem geschah ungefähr das Gegenteil. Ins Land kamen Gendarmen, Gendarmen und abermals Gendarmen; es wurde zum Ausbeutungsobjekt für gewissenlose und bestechliche Beamte und zum Kerker für seine verzweifelten Bewohner. Wenn unlängst im Finanzministerium der Skopje ein so glühender südslawischer Nationalist wie Swetolar Pribitschewitsch die Zustände in Makedonien schlimmer als in Asien nannte, saß das genug.

Diese Zustände bieten den Nährboden für die Tätigkeit der revolutionären Komitees, die, in Bulgarien gebildet und ausgerüstet und mit den Sozialen Chauvinisten unter einer Art unserer „völkischen“ Geheimbünden durchaus verwandt, arbeiten sie mit Terror und fordern damit den Terror der südslawischen Behörden heraus. Von der „völkischen“ Presse Deutschlands werden sie folgerichtig als Freiheitskämpfer gefeiert, aber ein merkwürdiger Freiheitskampf, der auf das ungeheure Wohlwollen Horthy-Ungarns rechnen kann und sich der tatkräftigen Unterstützung durch das faschistische Italien erfreut! Ein Stück alter Tragik in neuer Auflage ist es, daß

Die kleine Entente hat Zeit.

Untersuchungsantrag in Genf noch nicht überreicht.

Genf, 23. Januar.

Die Demarche der Kleinen Entente beim Völkerbund in der Waffentransportaffäre in Syon Gotthard hat eine weitere Verzögerung erfahren. Die beim Völkerbund akkreditierten Vertreter Jugoslawiens und der Tschechoslowakei sind bereits im Besitz der Noten ihrer Regierungen. Jedoch ist die Note der rumänischen Regierung immer noch nicht eingetroffen. Die Verzögerung scheint auf den Versuch zurückzuführen zu sein, den der rumänische Delegierte beim Völkerbund, Comnen, der kürzlich zum rumänischen Gesandten in Berlin ernannt worden ist, dem rumänischen Außenminister Titulescu in San Remo erfaßte hat.

Woldemaras in Berlin.

Handels- und Schiedsvertrag mit Litauen.

Amlich wird mitgeteilt: Am 25. Januar trifft der litauische Ministerpräsident und Außenminister, Prof. Woldemaras, zu mehrwöchigen Besprechungen in Berlin ein. Gegenstand der hier in Aussicht genommenen Besprechungen wird in erster Linie eine

grandfällige Verständigung über den Abschluß eines neuen Handelsvertrages und verschiedener damit im Zusammenhang stehender Fragen zwischen Deutschland und Litauen bilden. Außerdem sollen weitere deutsch-litauische Abkommen verhandelt werden, deren baldiger Abschluß durch den Übergang der Staatshoheit über das Memelgebiet auf Litauen nötig geworden ist; hierher gehören Abkommen über Grenzverleche, Fischerei, Wasserwirtschaft, Beamtenfragen, Pensionen und Militärrenten. Endlich wird, wie bereits bekannt, auch die Frage des Abschlusses eines Schieds- und Vergleichsvertrages Gegenstand der bevorstehenden Besprechungen sein.

Litauen reißt Eisenbahnstrecke auf.

Die Litauer hatten vor einiger Zeit den durch litauisches Gebiet führenden Teil der Eisenbahnlinie Vibau-Romny abgerissen, um mit dem Material eine neue Bahnlinie Telschi-Memel zu bauen. Die lettische Presse fordert die lettische Regierung auf, Litauen gegenüber die strengsten Repressalien zu ergreifen und auch nicht vor einem Wirtschaftskrieg zurückzuschrecken. Die lettische Presse ist der Ansicht, daß Litauen diese Bahnlinie zerstört, um den polnischen Transit von Vibau abzulenken und ebenso den Verkehr aus dem Gebiet von Suwalki nach Memel zu leiten

# Verwirrung im Bürgerblock.

„Auflösung der Schlachtfeldordnung vor den Wahlen.“

Durch die makedonische Frage wieder einmal Balkanvölker zum Spielzeug imperialistischen Großmachtsstrebens werden, denn von dem Eiterherd Makedonien hofft die schiffstische Außenpolitik nicht nur, daß er ganz Südslawien vergiften, sondern daß er eines Tages den ganzen Balkan feierlich entzündet und Mussolini für seine Kurpfuscherlei Gelegenheit geben wird.

In England, wo man diese Entwicklung der Dinge mit immer bedenklicherem Kopfschütteln betrachtet, erwägt man neuerdings, wie sich der Völkerverbund mit der makedonischen Frage beschäftigen könne. Das wird bei der Zurückhaltung der Genfer Institution nicht leicht sein, zumal auf Grund der Friedensverträge Südslawien Makedonien als seine innere Angelegenheit betrachten darf und die Makedonier außerhalb des Sozialdemokratismus stehen. Aber die bulgarische Sozialdemokratie hat vor kurzem die Exekutive der sozialistischen Internationale aufgefördert, eine Untersuchung der Verhältnisse in Makedonien, Thracien und Dobrußja vorzunehmen. Ob die südslawische, griechische, bulgarische und rumänische Regierung einer solchen Untersuchung Tür und Tor öffnen werden, steht auf einem anderen Blatt, aber daß sie, sachkundig, unvoreingenommen und Polemischen Dörfern ausweichend, wenigstens der Internationale Richtlinien für die Lösung dieser Probleme verschaffen könnte, ist sicher. Bisher nämlich sind sich nicht einmal die Sozialisten in Belgrad und Sofia über die zweckmäßigste Ausheilung des Eiterherdes Makedonien einig.

## Abrüstung und Sicherheit.

Ein Vortrag Professor Quiddes.

In den Spieghelreden sprach gestern Professor Ludwig Quiddes über „Abrüstung und Sicherheit“. Nachdem Genosse Falkenberg den Träger des Nobelpreises in herzlichen Worten gefeiert hatte, führte Quiddes aus, daß es die Friedensgesellschaft gewesen sei, die zuerst das Problem von Abrüstung und Sicherheit im rechten Zusammenhang aufgeworfen hätte. Fried habe gesagt, daß es primär die Sicherheit durch Recht zu gelten habe. Dann erst käme die Abrüstung an zweiter Stelle. Die Abrüstung werde eine Folge der Friedenssicherung sein.

Vor dem Kriege seien auch die Pazifisten so bescheiden gewesen, nicht von Abrüstung, sondern nur von Begrenzung der Rüstungen zu sprechen. Heute sei man für totale Abrüstung. Welche Relation solle gelten? Null zu Null sei einfach, 12 zu 10 sei schon schwierig! Papst Benedikt sei es gewesen, der im August 1917 in seiner berühmten Note der Herrschaft der Gewalt die Herrschaft des Rechts gegenübergestellt habe und die allgemeine Abrüstung verlangte.

Heute stünde im Vordergrund bei der Arbeit um die Friedenssicherung der Gedanke der Schiedsgerichtsbarkeit, der Arbitrationsverträge. Das genüge nicht, denn die gefährlichsten Konflikte seien nicht prozessfähig. Die organisierte Vermittlung müsse hinzukommen. Die Abrüstung sei den Mittelmächten durch die Röntgennote der Alliierten und Affoziertern zum Friedensvertrag zugestanden worden. Es könne nicht Sinn der Verträge sein, dauernd zu wahren Recht zu lassen. Frankreich wolle seine Sicherheit; das müsse man auch in Deutschland begreifen. Auf der anderen Seite aber müßten wir verlangen, daß in der Abrüstungsfrage endlich tüchtige Arbeit geleistet werde. Dazu seien aber Generale als Kommissionsmitglieder nicht geeignet. Ebenjogut könne man Bierfahrer als Apostel der Mäßigkeit anstellen.

Wir fordern, daß endlich Ernst gemacht wird, und wissen wohl, daß ohne Kontrolle keine Abrüstung möglich ist. Wir müssen das Vertrauen der anderen gewinnen. Seit Thoiry aber haben sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich verschlechtert, nicht zum wenigsten durch den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung. Wenn wir die Räumung der Rheinlande wollen und die internationale Abrüstung, dann müssen wir genau wissen, daß in diesen Fragen ungeheuer viel davon abhängt, wie das deutsche Volk in diesem Jahre wählt. Mögen diese Wahlen so ausfallen, daß Abrüstung und Sicherheit bei allen Völkern gefördert werden!

## Reichsbanner und USP.

Erklärung des Bundesvorstandes: Die USP. keine republikanische Partei.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat sämtlichen Gauvorständen mitgeteilt, daß er die antisozialistische Partei nicht mehr als republikanische Partei ansehe, so daß deren Mitglieder nicht ohne weiteres dem Reichsbanner angehören könnten. Der Beschluß wird damit begründet, daß die Antisozialistische Partei Sachsens im Jahre 1926 als republikanische Partei im Sinne des § 11 des Bundesstatuts anerkannt worden sei, weil man damals von der Auffassung ausging, daß der Bestand nur ein vorübergehender sein würde.

Am Schluß erklärt der Bundesvorstand, unterzeichnet Höring, noch, daß die Neuerungen des Schriftstellers Reichlich, die nationalsozialistisch seien, mit dazu beigetragen hätten, jene Anerkennung von 1926 aufzuheben. Im Einzelfalle müsse geprüft werden, ob Mitglieder der Antisozialistischen Partei im Reichsbanner als Einzelmitglieder anerkannt werden könnten.

## Eine Splitterpartei mehr im Reich.

Die sogenannte „Antisozialistische Partei“ hat am Sonntag in einer Sitzung in Dresden beschloffen, bei den kommenden Reichstagswahlen ebenfalls Kandidaten aufzustellen. Der Plan geht dahin, in einer Anzahl von Wahlkreisen im Reich Kandidaten zu lassen. Gleichzeitig wurde beschloffen, die Mitgliedschaft der „Antisozialistischen Partei“ zum Austritt aus dem Reichsbanner aufzufordern. Die Antisozialisten haben damit entgegen ihren früheren Behauptungen klar zu erkennen gegeben, daß sie sich ganz in den Bann der Nationalsozialisten Reichlich und Winnig begeben haben. Sie hätten deshalb auch ganz offen zum Eintritt in den Stahlhelm auffordern sollen; denn da gehören sie in Wirklichkeit hin.

## Ueberbleibsel der Ländertkonferenz.

Der von der Ländertkonferenz, in der Barwache beschlossene Ausschuss zur Erörterung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern wird, wie der „Sax. Pressedienst“ erzählt, in der nächsten Woche seine Arbeiten aufnehmen.

Der Ausschuss wird 18 Mitglieder zählen. Davon benennt die Reichsregierung neun, die andere Hälfte wird von den Ländern entsandt. Die Reichsregierung hat an die im Verfassungskonflikt des Reichsrats vertretenen Länder bereits das Schreiben gerichtet, ihre Vertreter nominiert zu machen. Außer dem Reichsanwalt, der den Vorsitz führen wird, sollen der Reichsminister des Innern, der Finanzminister und der Wirtschaftsminister und der Reichsparlamentarier

Die Staatsdebatte war eine Entblösung der vollkommenen Verwirrung des Bürgerblocks. Man streitet sich im Kabinett — zum Schluß der Ländertkonferenz drohten Curtius und Stresemann mit Rücktritt, falls die partikularistischen Tendenzen noch mehr nachgegeben werde. Man streitet sich im Reichstag — Cremer und Guérard gegen die Deutschnationalen. Man streitet sich in der Presse, wobei man offen zugesteh, daß die Zerrüttung der Koalition offenbar ist.

„Kreuz-Zeitung“ gegen das Zentrum und von Guérard:

„Der Sekretariatsdienst für die Sozialdemokraten, die Stellungnahme für die Forderung der preußischen Linkregierung im Konflikt wegen der Reichsbahnverwaltung, persönliche Kritik an den Handlungen des Reichsinnenministers Dr. v. Reudell, die geistliche Hervorhebung der republikanischen Grundausstellung seiner Partei mit deutlicher Spitze gegen die Deutschnationalen, das alles sind, ganz gewöhnlich, Rücksichtslosigkeiten, und zwar gewollte und wohlüberlegte, die die Karlsruhroute des Herrn v. Guérard aufzeigen.“

Der Verlauf der bisherigen Staatsdebatte macht überhaupt nicht den Eindruck eines festen Zusammenhaltens der Koalition, sondern eher den der Auflösung der Schlachtfeldordnung vor den Wahlen.“

„Germania“ gegen „Kreuz-Zeitung“:

„Sehr erstaunt sind wir, wenn wir in der „Kreuz-Zeitung“ weiter den Vorwurf finden, daß Herr v. Guérard die republikanische Grundeinstellung des Zentrums so geistlich herabgehoben habe. Ist es etwa schon so weit gekommen, daß eine Partei, die einer republikanischen Regierung angehört, ihre positive Einstellung zu eben dieser Republik nicht mehr betonen darf, ohne daß die Deutschnationalen Anstoß nehmen?“

Der „Deutsche“ unter der höhrenden Ueberschrift: „Wir kennen euch nicht wieder!“ gegen Guérard:

„Es sind seltsame „Etat“-Reden, die man eben im Reichstag zu hören bekommt. Daß die Oppositionsparteien die Gelegenheit be-

nutzen zu Angriffen auf die Regierung und ihre ganze Politik, benützen auch zu ausgiebiger Agitation, das ist nicht weiter verwunderlich. Aber auch die Redner der Regierungsparteien haben auf die Regierung los. So der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, v. Guérard, und der Volksparteiler Cremer. Mit ihrer Kritik können wir in diesem durchaus einverstanden sein, möchten dabei aber nicht veräußern, festzustellen, daß man es uns sehr übernahm, als wir — zur rechten Zeit — die gleichen Bedenken äußerten. Es scheint uns denn doch allzu bequem und durchsichtig, wenn jetzt die Parteien, im Hinblick auf die Wahlen, ihre Hände in Unschuld waschen und alles Unzulängliche, Verjämte und Verfehlte einfach der Regierung anhängen möchten. Die Regierungsparteien sind mitverantwortlich für die gesamte Politik der Regierung im vergangenen Jahre und sind mitverantwortlich für den dargelegten Etat. Ihre Kritik und Angriffe richten sich also gegen sie selber. So stellen wir z. B. die Ansicht des Herrn v. Guérard, daß die rechtliche und gesellschaftliche Stellung der Arbeitnehmer noch nicht dem Geist eines Volkstaates entspreche, mit Bemutigung fest. Aber was nützen uns hier schöne Reden und Wünsche! Wäre die Politik des Zentrums im vergangenen Jahre mehr auf diese Aufgabe eingestellt gewesen, so hätten die christlichen Gewerkschaftsführer heute keinen Grund, sich über die Entwicklung zum Gegenteil zu beklagen. Aber nun sind Wahlen in Sicht und da stellen sich die schönen „Parolen“ wieder ein.“

Dabei gewinnt solche sehr von Wahl- und sonstigen Rücksichten diktierte Kritik keineswegs, wenn man den peinlichen Nebengeschmack gewinnt, daß sich der eine oder andere Redner schon gewissermaßen als Kandidat für die nächste, anders geartete Regierung in Empfehlung bringen möchte.“

Die Verwirrung kann nicht größer sein! Es ist die Auflösung der Schlachtfeldordnung vor den Wahlen. Das böse Gewissen treibt die Bürgerblockparteien zum inneren Kampf aller gegen alle, zum Versuch jeder Partei, aus dem Bankrott zu klettern und die anderen in der Verantwortung sitzen zu lassen!

# Der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs.

Eine wahre Begebenheit aus Sowjetrußland.

Die „Pravda“ vom 17. Januar erzählt:

Eines Nachts wurde in Moskau der Rettungswagen in eine Privatwohnung gerufen. Die wachhabende Sanitäterin erklärte dem Arzt: „Fahren Sie schnell hin, am Telefon ist der Vorsitzende des Gerichts, er schimpft.“

Der Arzt trat in der Wohnung eine stark angetrunkenen Gesellschaft an. Der Wohnungsinhaber war von einem Hund gebissen worden. Der Arzt legte einen Verband an und bat, daß sowohl der Bobbire als auch der Hund am nächsten Morgen im Bakteriologischen Institut erscheinen möchten. „Den Hund haben wir bereits zum höchsten Strafmaß verurteilt und erschossen“, erhielt er zur Antwort. Ferner erklärte man den Wagen des Arztes für „requiriert“, man wolle einen zweiten Arzt holen.

Während der Arzt nun auf die Rückkehr seines Wagens wartete, kam einer von den Anwesenden, dessen Brust mit dem Abzeichen des allrussischen Volkzugstrafs geschmückt war, auf ihn zu und begann ihn in einer Weise, wie das nur ein Befehlener tun kann, mit den unflätigsten Schimpfswörtern zu belegen. Dann riß er an der Tasche des Arztes, in der sich seine medizinischen Instrumente befanden

und verfehlte ihm schließlich einen heftigen Faustschlag ins Gesicht. Am nächsten Tag stellte der Arzt fest, daß die Person, die ihn mißhandelt hatte, der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs der tatarischen Republik, Sultanow, gewesen sei. Er erstattete gegen ihn eine Beschwerde bei der örtlichen Parteiorganisation. Die Kontrollkommission, deren Mitglied auch Sultanow war, befaßte sich darauf mit dieser Angelegenheit, erteilte ihm einen Verweis und veranlaßte ihn, sich bei dem Arzt zu entschuldigen. Letzterem wurde aber zu verstehen gegeben, daß er auf diese Affäre krankhaft reagiert und die Tendenz zu einer Uebertreibung gezeigt habe.

Damit war die Sache nicht zu Ende. Sowohl der Verband der Wahlziner als auch die Staatsanwaltschaft der U.S.S.R. befaßten sich mit ihr. Die führenden Männer des tatarischen Volkskommissariats der Justiz erklärten, daß die Entscheidung gegen Sultanow zu scharf gewesen sei, und daß die ganze Sache nur der Absicht des medizinischen Personals entspringe, die Episode zu politischen Zwecken zu mißbrauchen. Schließlich gelangte die Angelegenheit auch an die Zentrale Kontrollkommission. Diese hob den Beschluß der Bezirkskontrollkommission auf und übertrug die Untersuchung an die Gerichtsorgane.

dem Ausschuss angehören. Ferner ist die Zuziehung angesehener Staatsrechtslehrer geplant; man nennt u. a. Anschütz und Triepel.

## Handelsvertragskrise Paris—Brüssel.

Belgien will keine weiteren Zugeständnisse machen.

Brüssel, 23. Januar. (Eigenbericht.)

Das belgische Kabinett befaßte sich am Montag mit den französisch-belgischen Zollvertragsverhandlungen, die sich seit längerer Zeit in einem kritischen Stadium befinden. Der Entscheidung des Kabinetts wurde allgemein mit großer Spannung entgegengesehen, ohne daß über das Ergebnis bisher offiziell etwas verlautet. Von unterrichteter Seite erfahren wir jedoch, daß die an Frankreich zu richtende neue belgische Note keine Konzessionen an die französischen Forderungen enthält. Die Lage bleibt infolgedessen weiterhin sehr unübersichtlich und gespannt. An sich wären die liberalen Minister zu Konzessionen bereit. Der eigentliche Widerstand kommt aus dem katholischen und insbesondere aus dem slawischen Lager.

## Dowgalewskis Antrittsrede.

Fester Entschluß zur Freundschaft. — Doumergues Antwort: Die Volkshat hör' ich gern . . .

Paris, 23. Januar.

Der neuerwählte Sowjetbotschafter Dowgalewski hat heute vormittag dem Präsidenten der Republik sein Beglaubigungsschreiben überreicht. In seiner Ansprache erklärte er: „Die Regierung und die Völker der Sowjetunion sind fest entschlossen, den Frieden aufrechtzuerhalten und auszubauen. Ich werde mich vollkommen der Aufgabe widmen, die Bande der Freundschaft, die unsere beiden Länder in so glücklicher Weise verbinden, in noch stärkerem Maße zu fördern, in der Ueberzeugung, daß die volle Verständigung zwischen unseren Völkern ein wichtiges Unterpfand für ihre Wohlfahrt und für den allgemeinen Frieden bilden. Meine Regierung stellt mit Befriedigung die glückliche Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern fest und hat mit der wesentlichen Aufgabe aufgetragen, jedes Hindernis zu beseitigen, das ihrer Ausdehnung und Befruchtung im Wege steht.“

Der Präsident der Republik erwiderte: „Ich höre gern, daß

Sie Ihren Entschluß bekräftigen, Ihre ganze Tätigkeit auf die Erhaltung des allgemeinen Friedens und auf die Besserung der Beziehungen, die bereits zwischen unseren beiden Ländern bestehen, zu richten. Die französische Regierung wird glücklich sein, Ihnen bei Durchführung dieser Aufgabe beizustehen, und sie wünscht, daß die wichtigen Fragen, die zwischen den beiden Regierungen noch in der Schwebe sind, unter Bedingungen geregelt werden, die es gestatten, in einer Atmosphäre des Vertrauens die Beziehungen zu entwickeln, die unsere Regierungen miteinander verbinden. Indem wir unsere loyale Zusammenarbeit über jede vom Auslande kommende vorgefaßte Meinung stellen und sie der Sicherstellung unserer gemeinsamen Interessen widmen, werden wir in nützlichster Weise der Sache des Friedens dienen.“

## Borah gegen die Admirale.

Ein Kampf gegen den Rüstungswahn.

New York, 23. Januar. (Eigenbericht.)

Der amerikanische Senator Borah, der Vorsitzende der Senatskommission für Auswärtiges, hat sich in einem überaus scharfen Aufruf gegen die aufsehenerregende Rede des amerikanischen Admirals Plunkett gewandt. Dieser Admiral hat vor zwei Tagen eine „der größten existierenden Flotte gleich große Flotte für Amerika“ gefordert. Borah ruft die Steuerzahler der Vereinigten Staaten auf, dieser irrsinnigen Politik, die auf den Bau der größten Flotte auf Eiden abzieht, energischen Widerstand entgegenzusetzen. Vor wenigen Tagen hätte, so heißt er fest, ein englischer Admiral eine ähnliche Forderung aufgestellt. Wenn irgend etwas zum Kriege zwischen den großen Nationen führen könne, so seien es solche Rüstungen zur See und ihre Begründung mit Admiralsreden des Inhalts, daß der Krieg unvermeidlich sei. Dies sei die gleiche Politik wie zur Zeit der wahnwichtigen Rüstungen zwischen Großbritannien und Deutschland in den Jahren 1900 bis 1914. Diese Rüstungen hatten damals wesentlich mit zu dem Ausbruch des Weltkrieges beigetragen. Alles das, so schließt Borah, sei ein Teil eines wohlüberlegten Plans, die Weltöffentlichkeit auf ein Verstricken zur See vorzubereiten. Eine beschränkte Anzahl von Kreuzern zum Schutz des Handels sei gerechtfertigt. Das gegenwärtige Schiffsbauprogramm der Vereinigten Staaten jedoch und die sie begleitenden aufgeregten Reden über Krieg und Kriegsgelächter seien reinster Wahnsinn.

## Die Komödie geht weiter.

Weiterberatung des Schulgesetzes, aber Uneinigkeit des Bürgerblocks.

Der Bildungsausschuß des Reichstages nimmt heute die Beratungen zum Schulgesetz wieder auf. Die §§ 19 und 20 sind an die Reihe. Während sich der Bürgerblock über den § 19 geeinigt hat, ist man mit dem § 20 nicht weitergekommen. Er behandelt die Simultanschulfrage. Während die Volkspartei unbedingt an der Verankerung der Simultanschule im Gesetz festhält, wünscht das Zentrum, daß den Ländern, die das Simultanschulwesen in ihrer Gesetzgebung festgelegt haben, zwar eine gewisse Schonfrist gegeben wird, daß dann aber der Unterministerarbeit der Merkmalen freie Hand gelassen werden soll.

Alle Einigungsversuche in dieser Frage sind bisher gescheitert. Der Interfraktionelle Ausschuß, der gestern in letzter Stunde noch eine Annäherung veruchte, mußte unverrichteter Dinge wieder auseinandergehen. Er soll angeblich die Absicht haben, heute zu einer weiteren Sitzung zusammenzutreten. Ob sich das allerdings technisch ermöglichen läßt, ist bei der gleichzeitigen Tagung des Reichstagsplenums und des Bildungsausschusses eine andere Frage.

Angeht die Sachlage ist es nicht erstaunlich, daß vom Zentrum und von der Volkspartei die Lage als „außerordentlich pessimistisch“ bezeichnet wird. Während die „D. N. Z.“ noch für diese Woche eine große Aktion der Reichsregierung und speziell des Reichskanzlers Dr. Marx ankündigt, um endgültige Klarheit über das Schulgesetz zu schaffen, wird von deutschnationaler Seite offiziell erklärt, es sei nicht wahrscheinlich, daß für den § 20 schon in der ersten Lesung eine allseitig befriedigende Fassung gefunden werde; diese Frage dürfte den Besprechungen zwischen der ersten und der zweiten Lesung vorbehalten bleiben.

Der Bürgerblock wird also auch in dieser Woche im Schulausschuß das Schauspiel einer Koalition bieten, die keine Koalition mehr ist.

Der Verfall zeigt sich auch an einem andern Objekt. Da die Deutschnationalen nicht mehr an die Lebensfähigkeit des Besitzbürgerblocks glauben, haben sie nach kurz vor Loresschluss einen Raubzug inszeniert, der ihren Großgrundbesitzeranhang die Taschen füllen soll. „Kredithilfe für die Landwirtschaft“ nennen sie das. Auch mit diesem Thema hat sich der Interfraktionelle Ausschuß befaßt. Das Resultat ist folgende Veröffentlichung:

„Es bestand Einigkeit über die Notwendigkeit dieser Hilfe, doch konnte bisher noch kein gangbarer Weg für die Aufbringung der erforderlichen Mittel gefunden werden.“

Es scheint so, daß es für den Besitzbürgerblock überhaupt keine gangbaren Wege mehr gibt. Er hat abgewirtschaftet.

## Evangelischer Bund gegen Papst.

„Der konfessionelle Friede empfindlich bedroht.“

Der Papst hat Anfang des Jahres ein Rundschreiben an die Katholiken gerichtet, in dem er als den einzigen Weg zur Einigung der christlichen Kirchen die Rückkehr aller Dissidenten zur römisch-katholischen Kirche bezelchnet. Das ist nicht weiter aufsehenerregend. Der Papst kann gar keinen anderen Standpunkt vertreten, wenn er nicht die Grundpfeiler der katholischen Glaubenslehre umstürzen will.

Der Evangelische Bund regt sich trotzdem darüber auf. Er glaubt aus dem Rundschreiben eine halbe Kriegserklärung herauslesen zu müssen und erläßt eine Gegenerklärung, in der es heißt:

„Wir stellen mit Bedauern fest, daß durch diesen überaus schroffen Eingriff des Papstes in die ersten Angelegenheiten des Glaubens und Lebens der gesamten nichtkatholischen Christenheit die konfessionelle Spaltung von römisch-katholischer Seite her erneut verschärft und damit der konfessionelle Friede erheblich bedroht wird.“

Das klingt beinahe nach Kulturkampf. Und in diesem Geiste gehen die Freunde der evangelischen und der katholischen Kirche daran, den Einfluß der Kirche auf die Schule gesetzlich festzulegen! Erziehung zum echten Christentum nennt man das wohl.

## Ein Roffbach-Führer verhaftet.

Unter dem Verdacht der Anstiftung zum Mord.

München, 23. Januar. (Eigenbericht.)

Auf Grund eines Haftbefehls des Untersuchungsrichters beim Landgericht Stettin ist am Sonntag der ledige Kaufmann Oberleutnant a. D. Heines, ein Truppführer des Bundes Roffbach, in der oberbayerischen Stadt Schongau durch Münchener und Stettiner Kriminalbeamte festgenommen und am Montag früh nach Stettin abtransportiert worden.

Heines ist eines Verbrechens der Anstiftung zum Mord dringend verdächtig, der im Sommer 1920 auf einem pommerischen Gut an einem Angehörigen des Bundes Roffbach begangen worden ist. Oberleutnant Heines ist eine der üblichen Erscheinungen aus der Münchener Hiltler-Zeit. Er war langjähriger Stützgruppführer und hatte als solcher bis in die letzte Zeit hinein Raubhändel, Ueberfälle und Versammlungstörungen provoziert und sich dabei immer einer sehr milden Polizei ertraut. Vor etlichen Monaten ist er ganz plötzlich aus der nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen worden. Seitdem zog er nach echter Landstunftsart mit einer Spielchar, bestehend aus Angehörigen der Schilljugend, im Lande herum und lang gegen Bezahlung an verschiedenen Orten religiöse und Kriegerlieder. In Schongau wollte er eben Vorbereitungen für ein neues Gattspiel treffen.

## „Der brave Soldat Schweif.“

Piscator-Bühne.

Mag Brad und Hans Keiwan haben versucht, das moderne Simplizissimus-Buch des Jaroslav Haschal „Die Abenteuer des braven Soldaten Schweif“ zu dramatisieren. Es ist ihnen gelungen, aus der ungeheuer lebendigen Schilderung des tschechischen Dichters eine dürre, dürftige und leblose Anekdotensammlung über einen Hanswurst von Offiziersbüchsen zu machen. Piscator seinerseits stellt einige Bilderbuchfiguren hin, in denen Ballenbergs im Grunde nur Wandlungsgeißel. Das allerdings mit überwältigendem Humor. Als der Vorhang fiel, glaubte alles, nun würde es erst richtig losgehen. Die Vorgesetzten besahnten uns aber, daß es tatsächlich schon zu Ende sei. Trotzdem war der Beifall recht herzlich, nur ein einziger Pfiff ertönte.

D. g. z.

## Luther II.



„Und wenn die Welt voll Preußen wär,  
Und wollt' ihr Recht erzwingen:

Rein Pöstchen gebe ich nicht her, —  
Es muß mir doch gelingen!“

## Das Ende eines Glückritters.

Zusammenbruch des tschechischen Faschismus.

W. N. Prag, 22. Januar.

Vor knapp eineinhalb Jahren veröffentlichte der Führer der tschechischen Sozialdemokratie, Rudolf Schnegne, einen aufsehenerregenden Artikel unter dem Titel „Ein General wird gesucht“, in dem er den damals noch an der Spitze des Generalstabs der Armee des tschechoslowakischen Staates stehenden General Radoša Gajda beschuldigte, in heimlicher Verbindung mit der faschistischen Bewegung zu stehen. Dem Faschismus, aus reichen Geldquellen gespeist, strömten zahlreiche ehrgeizige und heuchlerische Elemente, aber auch viele durch die verfälschte Demokratie Enttäuschte zu und er drohte eine Gefahr zu werden, da er überdies die offene Unterstützung gewisser tschechischer politischer Parteien fand, die ihn als Drohmittel in Reserve zu halten suchten. Gajda wurde von der bürgerlichen Mehrheit der Regierungsparteien gestützt und geduldet, und als die sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament interpellierten, wie es das Heeresministerium verantworten könne, daß der Chef des Generalstabs in allen faschistischen Versammlungen als Führer und künftiger Diktator gefeiert werde, ohne daß sich dieser dagegen verwahre, antwortete der Minister für nationale Verteidigung, General Gajda sei

„nur Soldat, der jeder Postuliert ferocische

und der mit dem Faschismus nicht das geringste zu tun habe. Kurze Zeit darauf veröffentlichte General Gajda einen Artikel, in dem er das demokratische System bekämpfte, sich offen zum Faschismus bekannte und diesem die Mission des „Ordnungsmachens im Staate“ zuschrieb. Der Herr Generalstabschef machte immer weniger Hehl aus seiner Neigung, einen Staatsstreich in Szene zu setzen, er warb unter den Offizieren und Generälen für seine Pläne, und so wußte sich die Armeeleitung, wohl unter dem Einfluß Masaryks, bequem, ihn von seinem Posten zu entfernen und ihn in Disziplinaruntersuchung zu ziehen, die für ihn aber recht glimpflich verlief, denn es wurden ihm drei Viertel seiner Pensionsgelder und sein militärischer Rang belassen.

Gajda konnte sich nun bei gesicherten Grundlagen seiner materiellen Existenz ungehindert der faschistischen Bewegung widmen, und da er bis in die letzten Tage in voller Generalsuniform und mit ordentlichem Brust in den Versammlungen auftrat, so war er für viele natürlich eine Attraktion. Auch umschwebte ihn der Glorienschein des Märtyrers, denn die Gründe des Disziplinarerkenntnisses waren geheim gehalten worden und sein Anhang konnte in dem Glauben erhalten werden, daß ihm bitteres Unrecht widerfahren sei. Er erließ an seine Scharen Dekrete und Befehle ganz im Stile Mussolinis, setzte sich ein „Direktorium“ zur Seite und fühlte sich schon ganz

als künftiger diktatorischer Beherrscher des tschechoslowakischen Staates.

Die Staatsgewalt beobachtete ihn und dem Faschismus gegenüber die wohlwollendste Duldung, die sie auch bewies, als im vorigen Sommer einige seiner Anhänger mit vorgehaltenem Revolver einen Ministerialbeamten in seiner Villa überfielen, um sich wichtiger Akten aus dem neu gegen ihn eingeleiteten Disziplinarverfahren zu bemächtigen. Die faschistischen Räuber kamen mit einigen wenigen Monaten Gefängnisstrafe davon, also Strafen, wie sie oft härter wegen bloßer Versammlungstörungen über Angehörige sozialistischer Parteien verhängt werden. Dieses sagulagen amtliche Wohlwollen nützte nichts, der tschechoslowakische Faschismus ging doch seiner Zersetzung entgegen. Zuerst rückten die tschechisch-bürgerlichen Parteien von ihm enttäuscht ab, da er seine Selbständigkeit betonte und sich nicht als ihr parteipolitisches Werkzeug gebrauchen lassen wollte. Gajda wollte die Früchte eines Sieges des Faschismus selber ernten. Dann begann die

Rivalität der faschistischen Führer untereinander.

die zur Bildung von Gruppen innerhalb der faschistischen Bewegung führte. Unter diesen Gruppen geht es jetzt zu wie nach einer Kirmes auf dem Lande. Jeder dieser ehemaligen faschistischen „Direktoren“ hat ein Häuflein aus der zusammengeschmolzenen Schar um sich versammelt, führt sie zum Angriff gegen die anderen und die faschistischen Zeitungen müssen schon Extravergaben herausgeben, um den zur gegenseitigen Verunglimpfung und Verächtlichmachung dienenden Stoff bewältigen zu können. Wirksamer noch als Argumente sind die Prüfte, die gegenwärtig die wichtigsten Ueberzeugungsmittel im faschistischen Brüderkrieg bilden. Sie kämpfen einander gegenseitig die Versammlungen, bewerkeln einander mit dem Schmutz, der früher zur Befreiung der Demokratie und ihrer Führer diente und vor einigen Tagen entging der früheren Gottsdörfer Gajda selber nur mit größter Nähe der Gefahr der Verurteilung.

Wenn es dem ehemaligen Generalstabschef nicht einmal gelang, sich als Diktator in der eigenen Partei zu behaupten, so traf ihn

überdies noch ein anderes Ungemach. Nach monatelangem Verlassen ist loben das Urteil der gegen ihn neu eingeleiteten Disziplinaruntersuchung veröffentlicht worden. Er wurde schuldig erkannt, sich im Jahre 1920/21

um den Dienst in der Sowjetarmee beworben

und im Jahre 1925/26 den General Schnegne über die Absicht eines Staatsstreiches informiert zu haben, wobei er dem General Schnegne für den Fall des Umsturzes ein wichtiges Kommando in Prag versprach. Neben einigen anderen militärischen Delikten wurde er auch der Verletzung der Standespflichten beschuldigt, weil er zur Zeit, als ihn die Armeeleitung zur Ausbildung an die Kriegsschule in Paris schickte, sich dem russischen Obersten Krawtschewsky erbötig machte, für Sowjetrußland wichtige militärische Nachrichten zu liefern und weil er mit dem genannten russischen Oberst und dessen Adjutanten kompromittierende Beziehungen unterhielt. Die Strafe lautet auf

Entziehung des militärischen Ranges.

Doch welche Wille noch immer! Gajda wird wohl zum Infanteristen degradiert, aber er behält weiterhin drei Viertel seiner Generalpension. Das Stück besten Grundbesitzes er-schaffen sucht, erkennt ihn seines militärischen Ranges für unwürdig, aber er stellt ihm noch berühmtem Muster auch für die Zukunft die Mittel bei, um seine Tätigkeit sorglos betreiben zu können. Gajda könnte also, da er, der mit knapp 30 Jahren Chef des Generalstabs wurde und der heute erst 35 Jahre alt ist, wenn ihm die Umstände günstig wären, noch lange auf Staatskosten seine den Staat unterminierende Tätigkeit betreiben.

Seine Degradation, die Veröffentlichung der Urteilsgründe und mehr noch die fortschreitende Fäulnis der faschistischen Bewegung werden dies allerdings hindern. Am Abend der Verkündung des Urteils wurde ihm zwar von dem ihm verbliebenen Fährlein von Aufrechten in einer Prager Versammlung eine stolze Betrauungslunge bereitet, aber ein General des Faschismus, der bereit war, den Moskauer Diktatoren als Landstreich zu dienen und ihnen Spionagedienste leistete, hat wenig Hoffnung, einen größeren Anhang dauernd um sich zu versammeln. Da man, wenigstens auf dem Prager Stadtplatz, nicht den Ehrgeiz hat, die Tschechoslowakei in die Reihe der Staaten einzugliedern, in denen eine Militärrevolte die andere ablöst, so kann wohl gesagt werden, daß es mit der Rolle dieses militärisch-faschistischen Glückritters ein für allemal vorbei ist. Ein ungeklärter Rest bleibt freilich zurück: wie dieser Gajda, der eigentlich Rudolf Weid heißt — also wie eine Theaterprinzessin einen anderen Namen trug — von Beruf Drogist und im Kriege Feldwebel in der österreichischen Armee, in seiner letzten Vergangenheit

im Leutnantsalter Chef des Generalstabs

werden konnte! Wie, genügt also auch eine Feldwebelbildung, um als Befehlshaber angesehen zu werden, an der Spitze einer Armee zu stehen? Manches mag an dem lobelhaften Aufstieg des dreißigjährigen Abenteurers durch die Wirrnisse der Nachkriegszeit zu erklären sein, und es zählt offenbar zu den Kinderkrankheiten eines jungen Staatswesens, bei Stellenbesetzungen wenig wählerisch vorzugehen, dennach bleibt seine Betrauung mit dem wichtigsten und verantwortungsvollsten militärischen Posten eine dunkle Angelegenheit. Noch dunkler dadurch, daß Gajda schon als Korpskommandant der Stadt Rastau seine faschistischen Neigungen zeigte, indem er bei den Gemeinbewohnern mittels Militärbefehl die Soldaten der Rastauer Garnison zur Wahl einer militärisch-faschistischen Kandidatenliste aufforderte und anfänglich des Sozialkongresses in Preßburg zur selben Zeit einen Aufruf erließ, in dem er die Brüder, haranguierte, der „so ungünstigen Entwicklung unserer Verhältnisse“ nicht mehr länger latent passiv zuzusehen. Auch tauchten längst schon Gerüchte über Heerturn und Vergangenheit Gajdas auf, doch die Regierung rührte sich nicht, und hätte Gajda nicht im Jahre 1926 gelegentlich des großen Prager Sokolfestes bei einer Kundgebung der Faschisten mitgegangen und gegen die „Burg“ mit dem Knüttel gedroht, so daß Masaryk und sein Kreis das Einschreiten gegen ihn forderten, so läßt er doch heute ungeklärt in Amt und Würden. Jedenfalls ist jetzt endlich das öffentliche Wirken dieses Menschen, der eine Mischung von abenteuerlicher Romantik, maßloser Herrschaftsucht und Eitelkeit ist, an seinem Ende angelangt und mit ihm wird bald auch der letzte Rest des faschistischen Spuks in der Verrentung verschwinden.

Thälmann aus Oesterreich ausgewiesen. Der zum Gründungsmitglied des österreichischen Roten Frontkämpferbundes ernannte kommunistische Reichstagsabgeordnete Thälmann hielt in Wien eine politische Rede, in der er zur Gründung eines radikalsten Roten Frontkämpferbundes aufforderte. Nach dem Verlassen des Lokals wurde Thälmann zur Polizeidirektion gebracht und dann an die Grenze befördert.

# „Immer feste Druff!“

## Weitere Ausdehnung der Metallarbeiterausperrung.

Dresden, 23. Januar.

Die gesamte Belegschaft der Sächsischen Gussstahlwerke A.-G. in Freital ist am Sonntag früh um 6 Uhr ausgesperrt worden, weil sich die Arbeiterchaft beharrlich geweigert hat, die ihr auf Grund des für verbindlich erklärten Schiedspruchs vom 29. Dezember 1927 obliegenden Verpflichtungen einzuhalten. Die Gesellschaft hat sich jedoch bereit erklärt, den Betrieb wieder aufzunehmen, sobald sich eine genügende Anzahl von Arbeitern gefunden hat, die den für verbindlich erklärten Schiedspruch anerkennen will. Heute vormittag fand in Freital-Döhlen eine Belegschaftsversammlung statt, in der eine Streikkommission gebildet wurde. Dringende Notstandsarbeiten sollen vertichtet werden. Von der Aussperrung werden etwa 2000 Arbeiter betroffen.

### Die Kommunisten möchten helfen.

Halle, 23. Januar. (Eigenbericht.)

Die völlige Ausschaltung der Kommunisten und ihrer Presse durch die Streikleitung der mitteldeutschen Metallarbeiter hat die KPD. in vollkommene Raserei versetzt. Die halle'sche Bezirksleitung der KPD. veröffentlicht heute nachmittag einen Aufruf, in dem sie zum allgemeinen Massenstreik (!) aufruft. Es sollen streiken: die Chemiearbeiter, alle Kategorien der Leuna-Arbeiter, die Bergarbeiter, die eben erst ihren Kampf siegreich beendet haben, die Landarbeiter (!!) und alles, was sonst noch von der KPD. als streikwürdig befunden wird.

Weshalb duckt ihr euch? Weshalb begeht ihr nicht auf? Weshalb fordert ihr keinen menschenwürdigen Lohn? Die Zeit der Knechtschaft und des kampflosen Duldens ist vorüber! Nehmt Stellung in Gruben und Fabriken! Nutzt die fünfste Stunde! Stellt euch in die Kampffront!

In dem Aufruf heißt es:

Wie wenig solche Parolen heute noch verlangen, zeigt eine Erklärung des kommunistischen Metallarbeiter-Ortsangestellten in Halle, der in der Bezirkskonferenz der Streikenden hier am Sonnabend gegenüber der Hege seiner Partei versicherte, daß er aus innerster Überzeugung mit der Einleitung sowie der Führung des Kampfes und der bei der Verhandlung geübten Taktik vollständig einverstanden sei und daß gar nicht besser gearbeitet werden könnte.

### Die Gewerkschaftsparole wird durchgeführt.

Dessau, 23. Januar.

Der Streikparole des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind hier sämtliche eisverarbeitende Werke gefolgt. Seit heute liegen vor allem für die gut beschäftigte Damag-Meguinag, die Dessauer Waggonfabrik und die Firma Polgus, die hauptsächlich mit dem Urlande (Japan, China, Afrika) arbeitet. Über viertausend Arbeiter sind an dem Streik beteiligt. In Kohnau liegt seit heute die Schiffswerft von Gebrüder Sachsenberg, Kohnau und Köln-Deutz, Mill.

### Kommunistische Phantasien.

Am Freitagabend wurde durch das Hoff-Bureau die Meldung verbreitet, daß der Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs für die mitteldeutsche Metallindustrie abgelehnt hat. An Sonntag früh schreibt die „Rote Fahne“, daß die „reformistischen Führer“ ihren „schon heute vorgesehenen und vorbereiteten Verrat — die Unterordnung unter den zweifellos kommenden Zwangsschiedspruch —“ durch gestiegene Angriffe auf die KPD. verdecken wollen.

Die KPD. hintz grundständig immer hinter den Ereignissen her. Sie rührt sich erst und sie rührt sich nur dann, wenn die Gewerkschaften oder die Sozialdemokratie etwas unternehmen. Wenn die Gewerkschaften auf die Führung eines Kampfes verzichten müssen, wie das nach der Verbindlichkeitsklärung und dem Ausbrechen der Christlichen im Konflikt in der Metallindustrie des Ruhrgebiets der Fall war, dann duckt sich die KPD. und verhält sich launisch. Sie hat nur Mut, wenn die Gewerkschaften etwas unternehmen. Und dieser Mut reicht freilich auch nur zum Schimpfen auf die organisierten Arbeiter, selbst wenn diese Kommunisten sind.

Bei Anwesenheit von mehr als 700 Delegierten wurde gegen 35 Stimmen bei 4 Enthaltungen eine Entschließung auf der Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter des Ruhrgebiets am Sonntag angenommen, die die niederträchtige Haltung der kommunistischen Presse auf das schärfste verurteilt. Die Montagausgabe der „Roten Fahne“ bringt unter der zweispaltigen Überschrift: „Ein Niederlage der Hufemänner“ die Mitteilung, daß diese Entschließung „nur mit einer Mehrheit von 35 Stimmen“ angenommen werden sei. Die „Rote Fahne“ vom Sonntag sucht ihre Parole, in den Gemeindepapieren für die streikenden Metallarbeiter den Klingelbeutel zu schwingen, dadurch zu rechtfertigen, daß sie behauptet, daß diese kommunistischen Anträge nur den Zweck gehabt hätten, die Arbeiter zu unterstützen, die von den Unternehmern ausgesperrt worden seien. Nun lag aber bis Sonnabend ein Aussperrungs-

befehl der Unternehmer gar nicht vor, während die Anträge der Kommunisten schon seit einer Woche fällig waren.

Zum Schluß kündigt die „Rote Fahne“ an, daß diejenigen Mitglieder der KPD., die für die Entschließung gestimmt haben, die sich gegen diese Bittelstakt wendet, ausgeschlossen würden. Wir können uns nur freuen, wenn die KPD. selbst diesen notwendigen Trennungsstrich zwischen ihr und den Gewerkschaftern zieht.

### Abstieg der Stalinisten.

Essen, 23. Januar. (Eigenbericht.)

Die letzte Generalversammlung der Holzarbeiter hat ebenfalls bewiesen, daß der kommunistische Einfluß in der Essener Gewerkschaftsbewegung immer mehr zurückgedrängt wird. Noch in der Sonnabendausgabe verübte das kommunistische „Ruhr-Echo“ triumphierend, daß das Bäderbündel „Rostovhänger“ auch diesmal eine gründliche Niederlage erlitten würde. Es ist jedoch anders gekommen, denn bei der Verwaltungswahl siegte die Amsterdamer Richtung. Damit sind, soweit es sich um die größeren Gewerkschaften handelt, die Kommunisten jetzt auch in Essen von jeder Führung ausgeschlossen. Der Erfolg der Holzarbeiter ist um so bemerkenswerter, als die Kommunisten die Verwaltung des Holzarbeiterverbandes in Essen seit acht Jahren in Händen hatten.

### Konferenz der Kammereiarbeiter.

Moderne Kommunalwirtschaft und ihre Arbeiter.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hatte zum Sonntag die Vertreter der Kammereiarbeiter der Wirtschaftskreise Berlin und Brandenburg zu einer Konferenz eingeladen. Die Bedeutung der Kammereiarbeiter (Stadtentwässerung, Hoch- und Tiefbau, Straßenreinigung, Fuhrpark, Müllabfuhr und -verwertung, Lebensmittelbetriebe, Markthallen, Vieh- und Schlachtbäue, Hafenbetriebe, Speichereien, Kaserne, Holz- und Kohlenpläne, Gärten- und Parkverwaltung, Bestattungswesen, Theater, Schulen) ergibt sich aus ihrer Zahl; mit circa 90 000 Mitgliedern umfassen sie etwa 45 Proz. der Gesamtmitgliedschaft der Organisations.

Zur Tagesordnung stand: 1. Die Kammereiarbeiter als Grundlage neuerlicher Städtehygiene. 2. Die Einrichtungen der Städte für die Versorgung der Einwohner. 3. Die Organisation der in den Kammereiarbeitern Beschäftigten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach W. Kelle, Berlin. Ueber die Einrichtungen der Städte für die Versorgung der Einwohner sprach G. R. Berlin.

Beiden Referaten folgte eine eingehende Aussprache, in der die Wünsche in bezug auf soziale Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse, Anregungen über bessere Wirtschaftlichkeit der Betriebe zum Ausdruck kamen.

Die Konferenz nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt, daß die Kammereiarbeiter untrennbar mit dem kommunalen Wirtschaftsleben verbunden und von diesem im Interesse eines weiteren Ausbaues und damit einer Erhaltung der Kommunalwirtschaft nicht zu lösen sind. Jeder Versuch, diese Betriebe, die in jahrzehntelanger Praxis den Beweis ihrer Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit für die Bevölkerung erbracht haben, unter die Botmäßigkeit der Privatwirtschaft zu bringen, wird den heftigsten Widerstand der Arbeiter dieser Betriebe hervorrufen.

Die Konferenz fordert die Zurückführung der schon entkommunalisierten Betriebe.

Die Konferenz stellte weiter eine Reihe von Forderungen auf, die dem bisherigen Aktionsprogramm entsprechen.

Zum Punkt 3 der Tagesordnung sprach Steiner, Berlin, der besonders auf die ungeheuren Organisationschwierigkeiten vor dem Kriege hinwies. Viele Stadtverwaltungen haben große Teile der Kammereiarbeiter als minderwertige Arbeiter (Almosenempfänger) an. Die Organisation habe hier außerordentlich fruchtbare Arbeit geleistet; die Kammereiarbeiter stehen heute in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft voll- und gleichberechtigt. Die sozialen Verträge, wie sie besonders im R.M.L. ihren Niederschlag finden, können als vorbildlich bezeichnet werden. Die Konferenz unterstützt die Ausführungen Steiners durch Annahme einer Entschließung im Sinne der Ausführungen des Referenten. — Die vom besten Geist besetzte Konferenz wird wesentlich dazu beitragen, den Geist der Solidarität auch unter den Kammereiarbeitern zu heben.

### Gegen freigewerkschaftliche Betriebsräte.

Aus dem Reiche des Reichsverkehrsministers Koch.

Ein erheblicher Teil der bisher christlich organisierten Arbeiter des Wasserbauamts Frankfurt hat sich den freien Gewerkschaften angeschlossen, so daß der Betriebsrat in der Mehrheit freigewerkschaftlich organisiert ist. Mit dieser Reorganisation sind die christlich organisierten Vorgesetzten nicht einverstanden, weil hierdurch ihre unbeschränkte Herrschaft beseitigt ist. Sie versuchen mit allen Mitteln, den Betriebsratsmitgliedern Schwierigkeiten zu bereiten. Die Herrschaften rechnen sicherlich auf die Hilfe ihres Kollegen, den Reichsverkehrsminister Koch.

Durch dieses Vorgehen entstand im Bereich der Dienststelle Raddorf ein Konflikt, den das Wasserbauamt Frankfurt durch Klageerhebung gegen den Betriebsratsvorsitzenden beim Arbeitsgericht zu beseitigen suchte. Der Betriebsratsvorsitzende sollte abgelehnt werden und würde sicherlich nach dem Verlust der Betriebsratsmitgliedschaft seine Entlassung zu gewärtigen haben. Den freien Gewerkschaften sollte ein Schlag

versetzt werden, damit die christlichen Gewerkschaften wieder den Oberhand gewinnen.

Das Arbeitsgericht hat die Klage abgewiesen. Es scheint, als wenn das Wasserbauamt Frankfurt das Geld der Steuerzahler mit Vorliebe zum Prozeßführen verwendet, wie auch der Fall aus den Dienststellen Lebus und Schweigg bemerkt. Dem Reichsverkehrsministerium ist diese Verwendung von Steuergeldern bekannt.

### Der Siebenstundentag in Sowjetrußland.

Die Industrie ist noch nicht reif dazu.

Moskau, 23. Januar.

Der Arbeitskommissar der Sowjetunion, Schmidt, gab in einem Presseinterview folgende Erklärung ab: Bedauerlicherweise habe das Manifest, soweit der Punkt über den Siebenstundentag in Betracht kommt, zu verhängnisvollen Mißverständnissen geführt. Gerade die am wenigsten entwickelten und modernen Fabriken und Betriebe zeigten einen gewissen Ueberreifer und eine schädliche Ungeduld, sie wollten durchaus als „Pioniere des Siebenstundentages“ auftreten. Kommissar Schmidt stellte die Frage, ob die Industrie bereits für die Verwirklichung des Siebenstundentages reif sei und beantwortete sie verneinend. Er wies dabei auf die gemachten Erfahrungen mit den 22 Textilfabriken hin, wo der Siebenstundentag versuchsweise eingeführt ist. Hier hätten „viele Rationalisierungsmaßnahmen zur Hebung der Produktivität der Arbeit“ der Einführung des Siebenstundentages vorausgehen müssen, was nicht geschehen sei. Sogar die Moskauer Textilindustrie habe sich also als unvorbereitet erzeigt. (Wie man sieht, betätigt sich selbst ein Stalinist wie ein beliebiger kapitalistischer Minister, obwohl er sich gewiß nicht auf der Schlichtungsschwindel und die Verbandsstatuten herausreden kann.)

### Der Streik der Defaturarbeiter erfolgreich beendet.

Der Streik der Defaturarbeiter ist nach acht Tagen erfolgreich beendet worden. Vor dem Schlichtungsausschuß wurde am Sonnabend eine Vereinbarung getroffen, wonach die Wochenlöhne mit Wirkung ab 7. Januar 67 M. in der Spitze betragen und ab 1. Juni für Defaturarbeiter um eine Mark, für Jugendliche um 50 Pf. erhöht werden. Das Abkommen gilt bis 31. Dezember. Maßregelungen werden nicht vorgenommen. Der Streik gilt nicht als Arbeitsunterbrechung.

### Neuwahlen bei den Hotelangestellten.

Um die nötige Stimmung gegen die Verbandsleitung zu erzeugen, schreibt die „Rote Fahne“ in Nr. 17 etwas von Bruch des Statuts, tätliche Angriffe durch den Kollegen Saar und dergleichen. Wie es mit der angeblichen Unzufriedenheit der Mehrheit der Mitglieder bestellt ist, geht daraus hervor, daß die Funktionäre den Kollegen Saar mit allen gegen drei Stimmen wieder als Bevollmächtigten in Vorschlag gebracht haben. Unzufrieden sind nur die Anhänger der „Roten Fahne“ weil sie auch dieses Jahr keinen Blumentopf gewinnen konnten. Von einer zunehmenden oppositionellen Stimmung ist ebenso wenig die Rede. Dieser Einfluß ist auch im letzten Jahre weiter geschwunden.

Wenn die Mehrheit der Verbandsmitgliedschaft ernst machen würde, hätte die Opposition überhaupt nichts mehr zu sagen. Bei uns wird aber die Opposition nicht nach Sibirien geschickt; deswegen gelangt es ihr auf den Krücken ihrer Gegner zu ein paar Mandaten in der Generalversammlung zu kommen. Diese Mandate erhält „die Opposition“ aber nur auf Grund der Gutmütigkeit der Amsterdamer Richtung, die es für angebracht hält, „die Opposition“ nicht vollkommen mundtot zu machen.

Die „Rote Fahne“ schwandelt auch, wenn sie behauptet, Saar habe die Mitglieder als Dummköpfe, Gefindel usw. bezeichnet. Richtig ist, daß Saar den Oppositionsrednern erklärt hat, daß die Mitglieder von ihnen als Dummköpfe angesehen werde; daß die Oppositionsredner glauben, daß alle anderen ein ebenso schlechtes Gedächtnis wie sie haben.

Bei der Branche der Cafékellner wird die Wahl wiederholt werden; ebenso bei der Branche Hotel- und Wein-kellner, bei der die Opposition 13 Stimmen hatte, es aber in der Stichwahl durch die Zersplitterung ihrer Gegner auf Stimmengleichheit bringen konnte. Im letzten Falle wird die nächste Branchenversammlung die Wahl zur Ortsverwaltung bestreiten.

**Wähnung, Reichsbranderei Dannebergstraße** Am Donnerstag, 20. Januar, 18 Uhr, spricht in der Vereinshalle, Kommandantenstraße, 182b, Reichstagspräsident Lohse über: „Vergeltung und Sozialdemokratie.“ Arbeiter, Angestellte, Beamte, erscheint in Massen!

**Polier-, Berl- und Schachtmeisterbund.** Am Mittwoch, 23. Januar, 1924 Uhr, in den Sophienstr., Sophienstr. 171a, außerordentliche Generalversammlung. Geschäftsbericht für 1923, Kassibericht vom 4. Quartal 1923, Auswahl des gesamten Vorstandes und sämtlicher Kommissionen.

**Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin.** Heute, Dienstag, 19. Jan., tagen die Gruppen: **Hilfenberg:** Jugendheim Tollerstr. 22. **Vorort:** Barum Eisenwerk. **Kronenauer:** Altes Stadtsches Jugendheim Eisenstr. 18. **Rummer:** Aus den Reihen Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. **Landberger:** Jugendheim Dierichsstraße, 5. **Dankmannsches:** Jugendheim und Jugendklub. **Uhlhorn:** Gruppenheim Gewerkschaftsbau, Engelstr. 24a. **Kulgan:** B. Schichtarbeiter. **Eine:** Winterklub durch das Pflanzengelände. **Kreuzweg:** Gruppenheim Schöne Widenbrucher, 154a (Sonnstags). **Vorort:** Der Weltkrieg und seine Ursachen. **Dumholdt:** Wie oben zur Kreismitgliederversammlung. **Karlshof:** Jugendheim Feldwider Straße 143b. **Kreismitgliederversammlung:** Vorort: Aufgeben der Kreisarbeit. **Heimatschutz:** und Verbandsklub mitbringen. **Schönweiser:** Gruppenheim Berliner Str. 31. **Unterhaltungsabend.**

**Jugendgruppe des F.V.B.** Heute, Dienstag, Turnabend 20-22 Uhr in der Turnhalle der Schule Baruther Str. 20. Turnspiele mitbringen!

**Verantwortlich für Politik:** Dr. Gust Geiger; **Wirtschaft:** G. Hilmarthofer; **Gewerkschaftsbewegung:** J. Steiner; **Recht:** A. A. Köhler; **Volks- und Sozial:** Fritz Karst; **Wissenschaft:** E. Gled. **Sämtlich in Berlin.** Verlag: Sozialverlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Broschdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin, G. B. Lindenstraße 2. **Blau 2 Schloßen und Unterhaltungs- und Wissen**

Wichtig für jeden Raucher

ist es zu wissen, daß ENVER BEY eine neue 4-Pf.-Zigarette unter dem Namen:

# ENVER BEY



# TÜRKISCH

mit Goldmundstück und ohne Mundstück rund in Würtelpackung herausbringt. Rauchen Sie diese, und Sie werden feststellen, daß es keine bessere 4-Pfennig-Zigarette gibt.

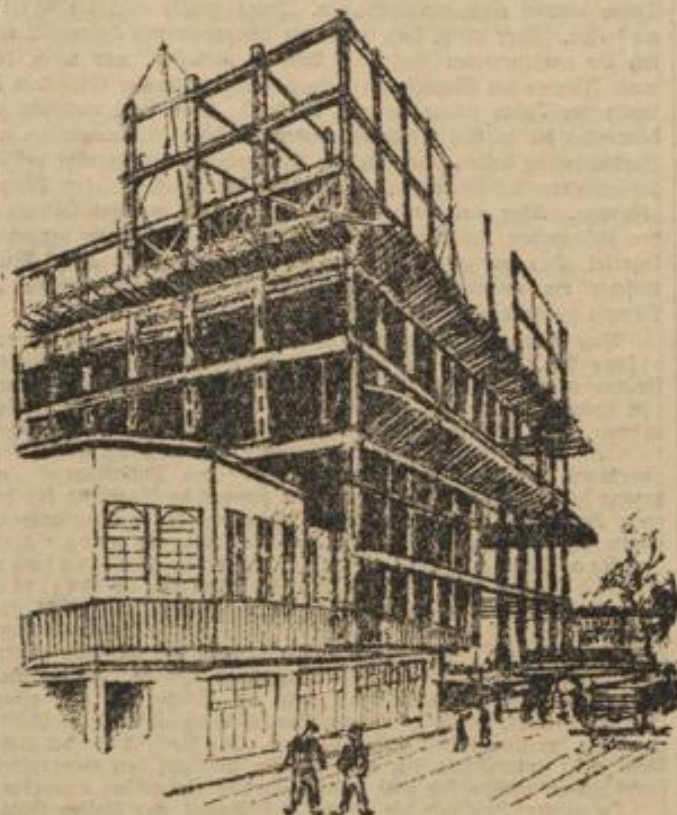
\*

Hochaktuelle Bilder über die Entwicklung der Flugtechnik liegen jeder Packung bei.

43

# Turmhaus am Anhalter Bahnhof.

Hat die Gegend am Anhalter Bahnhof durch den Bau des „Europahaus“ bereits ein modernes Gesicht bekommen, so wird das im Bau befindliche „Turmhaus“ mit seinen elf Obergeschossen zu einem einprägsamen Wahrzeichen für das Häuserviertel am Anhalterbahnhof. Auf einer Grundfläche von 50 x 50 Meter erhebt sich der gewaltige Bau fast unmittelbar hinter der langgestreckten Fassade des Europahauses; die Pfeiler der Eisenkonstruktion, die bis zur siebenten Etage bereits fertiggestellt sind, ragen sich immer höher und höher. Nicht weniger als 3000 Tonnen Eisen werden zur Konstruktion des 50 Meter hohen Baus benötigt. 400 Arbeiter finden hier Beschäftigung. Nach den Plänen der Erbauer ist das Turmhaus als Hotel höchsten Stiles gedacht (für circa 1000 Betten). Eigentümerin ist die Großbauern U. G. Berlin, mit der Ausführung ist die Firma Hellmann und Littmann beauftragt, die Pläne stammen von den Architekten Bielenberg und Rojer. In der höchsten Etage will man ein großes Restaurant einrichten, von dem aus man einen weiten Ausblick über die Gärten des Prinz-Albrecht-Palais und einen großen Teil von Berlin haben wird. Sieben Schnellaufzüge werden der Personenerleichterung dienen. Jedes Zimmer wird ein eigenes Bad erhalten. In dem wohlkundamentierten Kellergeschoss soll ein großer Festsaal eingebaut werden. Eine Werkstein-Puffkassette in verschiedener Tönung und Färbung ist als einziger Aufwandsgegenstand vorgesehen. Nach oben wird der quadratische Bau mit einem flachen Dach abgeschlossen. Sollten die zuständigen Behörden, die bei diesem in amerikanischen Ausmaßen gehaltenen Bau es für nötig halten, von Zeit zu Zeit Schwierigkeiten zu machen, nicht allzu hindernd eingreifen, so kann mit der Fertigstellung des Hotels „Europahaus“ noch in diesem Jahre gerechnet werden. Das Gebäude wird mit den beiden vorgelagerten bereits fertigen Neubauten, einem Geschäftsräumehaus und einem Restaurations- und Caféhause, nicht nur für den Platz vor dem Anhalter Bahnhof, sondern für Berlin überhaupt eine Sehenswürdigkeit sein. Die Königgrätzer Straße zwischen Potsdamer Bahnhof und Anhalter Bahnhof, die noch bis vor kurzem trotz allem Verkehrs ohne besonderes Aussehen war, wird in Zukunft eine Geschäftsstraße ersten Ranges werden. Leider hat man die schöne schlichte Fassade



des Geschäftsräumehauses durch eine alles andere denn geschmackvolle Licht- und Firmenreklame verhandelt werden. Dadurch wird das Haus um jede architektonische Wirkung gebracht.

# Das Neugeborene getötet und verbrannt

### Schredensstat einer unehelichen Mutter.

Die Kriminalpolizei wurde gestern nachmittags nach der Hollsteinschen Straße in Wilmersdorf alarmiert, wo in dem Koffer des 23jährigen Hausmädchens Martha J., die dort in Stellung ist, die halbverlohrte Leiche eines neugeborenen Mädchens gefunden wurde. Bei der Vernehmung gab Martha J. an, das Kind, das sie in der Nacht vom 15. zum 16. voriger Woche zur Welt gebracht hatte, gleich nach der Geburt getötet zu haben.

Mit einem scharfen Messer hat das Mädchen dem Neugeborenen die Kehle durchgeschnitten und die kleine Leiche in einem Koffer in ihrem Schlafzimmer versteckt. Um die Spuren der Tat völlig zu verwischen, legte sie den Plan, den kleinen Leichnam zu verbrennen. Hierbei entzündete sie aber ein so starkes Geruch, daß sie die Leiche dem Feuer wieder entzückte und abermals im Koffer versteckte, um sie bei passender Gelegenheit zu beseitigen. Durch die Unachtsamkeit der Dienstmagd, die gestern den Koffer nachsehen, wurde die Tat entdeckt. Die jugendliche Mörderin ist in vollem Umfange gefänglich. Sie wurde festgenommen und in das Polizeipräsidium gebracht.

# Ergebnis der Konsumwahlen.

### Die sieghafte Liste „Genossenschaftsaufbau“.

Am Sonntag wurde, wie bereits mitgeteilt, in 199 Warenabgabestellen, die gleichzeitig Wahlbezirke waren, die Vertretung zur Generalversammlung der Konsumgenossenschaft gewählt. Das endgültige Ergebnis der Wahlen ergab, daß die Wahlbeteiligung in diesem Jahr rund 33% betrug, während in den früheren Jahren nur 20 Proz. zu verzeichnen waren. In den 199 Wahlbezirken wurden insgesamt 48 309 Stimmen abgegeben. Davon erhielt die Liste „Genossenschaftsaufbau“ 30 910 und die Liste „Opposition“ 17 374 Stimmen. Bei den Wahlen im Jahre 1925 waren auf die Liste „Genossenschaftsaufbau“ 16 277 Stimmen abgegeben worden. 21 Stimmen wurden vom Wahlvorstand für ungültig erklärt. Insgesamt mußten 608 Vertreter gewählt werden. Auf die Liste „Genossenschaftsaufbau“ kamen 429 Vertreter, auf die der „Opposition“ 177. Zwei Mandate müssen ausgelost werden, da in zwei Warenabgabestellen beide Listen die gleiche Stimmenzahl haben.

Trotz dieses erheblich stärkeren Stimmzuwachses der Liste „Genossenschaftsaufbau“ hat sie nicht die Zunahme an Vertretern erhalten, die entsprechend ihres Zuwachses zu erwarten war. Die Wahl von 1925 brachte bei 529 Vertretern insgesamt 407 für die Liste „Genossenschaftsaufbau“, 122 für die Liste der Kommunisten und einen für die Unabhängigen.

# Hebbelstraße 17 wird geräumt.

Im Rathaus Charlottenburg trat gestern ein Sachverständigenausschuß zusammen, der prüfen sollte, ob die Räumung weiterer Wohnungen notwendig wird und wie das gefährdete Haus wieder so fest fundamentiert werden kann, daß es bewohnbar wird. Zu der Beratung nahmen Vertreter des Polizeipräsidiums, der städtischen zentralen und Bezirksbau-polizei und der zentralen Bauverwaltung, der Bezirksbauverwaltung, des Zentral- und Bezirkswohnungsamtes teil. Die Sachverständigen prüften nicht nur die Gutachten für das Haus Hebbelstr. 17, sondern unterrichteten auch die Häuser Hebbelstr. 18 und 19 und Fritschestr. 17. Als Ergebnis der Verhandlungen wurde die Räumung der Wohnungen im Hause Hebbelstr. 17, soweit sie im Vorderbau am Eingang I liegen, beschlossen. Die Wohnungen sollen nach und nach von den Bewohnern geräumt werden, so daß spätestens am 29. Februar der letzte Mieter auszieht. Bei der Durchführung der Räumung sollen Scherben verboten werden. Das Bezirkswohnungsamt hat die notwendigen Arbeiten begonnen, um bis zu diesem Zeitpunkt sämtlichen Mietern eine geeignete Wohnung nachweisen zu können. Der Ausschuß beschloß weiter, daß die zu räumenden Wohnungen bis zur erfolgten Räumung unter besondere Beobachtung gestellt werden, um evtl. Veränderungen rechtzeitig

# Die Gefundung Berlins.

### Fünzig Jahre Berliner Stadentwässerung.

Wenige Opfer in Berlin noch vor wenigen Jahrzehnten durch ansteckende Krankheiten hingerichtet wurden, davon vermag mancher der Lebenden sich kaum eine rechte Vorstellung zu machen. Die in neuerer Zeit eingetretene unerkennbare Besserung des Gesundheitszustandes in Berlin wird hauptsächlich auf die Fortschritte der Hygiene zurückgeführt, z. B. auf die Einführung der Kanalisation, mit der man die bedeutende und früher so kaum für möglich gehaltene Verringerung der Typhussterbefälle in Zusammenhang bringt.

Ein im Auftrage des Magistrats herausgegebenes Buch „Fünzig Jahre Berliner Stadentwässerung 1878 bis 1928“, bearbeitet von Stadtbaurat Hahn und Oberbaurat Langhein, bringt für das Halbjahrhundert 1870 bis 1920 eine Höhenabwärtstendenz der Kanalisationsfortschritte und der Typhussterbefälle in Berlin. Im Jahre 1873 wurde die seit 1861 in der Stadtverordnetenversammlung erörterte Frage, ob die Schwäfer Berlins durch Schwammkanalisation zu beseitigen seien, vom Magistrat und von der Stadtverordnetenversammlung bejahend entschieden. Mit der Bauausführung wurde baldigt begonnen, und im Januar 1878, vor jetzt fünfzig Jahren, konnte man ein erstes Pumpwerk mit Leinwandrohr, Druckrohr und Vieleschicht betriebsfertig übernommen werden. Das Kavaliershaus III, das den Westen umfließt, hatte den Vorzug gehabt, zunächst kanalisiert zu werden. Andere Stadtteile folgten nach, so daß die Gesamtzahl der an die Kanalisation angeschlossen Grundstücke, die im Jahre 1878 erst 2315 war, bis 1888 schon auf 18 745 und

dann weiter bis 1896, 1906, 1918 auf 26 186, 31 083, 32 203 stieg. Es ist begreiflich, daß in dem Gesundheitszustand der Gesamtbefölkerung, in besonderen bei den Typhuskrankungen und Typhussterbefällen, die Wirkung der Kanalisation erst allmählich bemerkbar werden konnte. Auf je 100 000 Personen der jeweiligen Bevölkerung starben an Typhus in den zehn Jahren 1870 bis 1879 noch 77, 90, 140 (!), 95, 75, 97, 63, 60, 31, 27 Personen, in den zehn Jahren 1880 bis 1889 noch 45, 29, 30, 18, 19, 16, 13, 14, 13, 19 Personen, in den zehn Jahren 1890 bis 1899 nur noch 9, 10, 8, 9, 4, 6, 5, 5, 4 Personen, in den zehn Jahren 1900 bis 1909 6, 5, 3, 4, 4, 5, 3, 4, 4, 4 Personen, in den elf Jahren 1910 bis 1920 3, 3, 2, 1, 2, 2, 1, 4, 3, 2, 2 Personen.

Die in 1872 beobachtete außerordentlich hohe Zahl von 140 Typhussterbefällen auf je 100 000 Personen bedeutet, daß heute in Berlin bei gleich hoher Typhussterblichkeit (die natürlich undenkbar ist), allein in den sechs inneren Verwaltungsbezirken mit jetzt rund 2 Millionen Einwohnern etwa 2800 Typhussterbefälle im Jahr vorkommen müßten. Das zeigt, wie man den Typhus einzudämmen vermocht hat, was gewiß nicht nur durch die Kanalisation, aber doch größtenteils durch sie erreicht worden ist. Im letzten Jahrzehnt kam es zu einer vorübergehenden Zunahme der Typhussterbefälle, noch in den Kriegsjahren 1917 und 1918 (mit 4 und 3 Sterbefällen auf je 100 000 Personen).

„Hypnose und Verbrechen.“ Die Berliner Gesellschaft für Biologie und Charakterologie veranstaltet am Donnerstag, dem 26. Januar, um 8 Uhr abends, in ihren Räumen Kurfürstendamm 45 ihre nächste ordentliche Sitzung. Im Verlaufe derselben wird Geh. Sanitätsrat Dr. Albert Roll über das Thema „Hypnose und Verbrechen“ sprechen.

# Zement.

### Roman von Fjodor Gladkow.

(Schluß.)

„Suchst an verkehrter Stelle. Dein Revolver ist schon am richtigen Platze. Ruht dich nicht beunruhigen: die Revolvertasche ist fest zu.“

Und in seinem letzten Blick sah Glib unaussprechbare Funken von Haß aufflammen. Badjin drehte sich langsam und fremd um und ging mit schweren Schritten in sein Zimmer. Und auf seinem rasierten Nacken bewegten sich elastisch bei jedem Schritt dicke Muskelfstränge.

Doscha nahm weich Glibs Hand und führte ihn über den Gang.

„Geh, Glib ... geh, Lieber ... Ich werde zu dir kommen ... geh, werde ruhig.“

Er stieß Doscha von sich und lief schnell die Treppe hinunter.

Und auch jetzt, hier, ist Badjins rasiertes blaues Nacken mit seinen Beulen und Narben vor ihm und sieht ihn, Glib, unter der flachen Tellermütze herausfordernd an. Dieser Nacken schreit nach einer Kugel ... Teufel ...

... Schildli stand vor Glib, und seine Rasenflügel blähten sich vor unterdrücktem Lachen ...

„Was ist mit dir? Bist du taub?“

Und schleppte ihn zur Barriere.

Lange noch blieben die Massen in Bewegung, langsam nur schmal das Geräusch der Stimmen, erloschen die Lieder und Orchester, und die zahllosen Menschenmassen strömten mit ihren Köpfen und Fahnen in wasserfallartigen Wirbeln hinunter.

Badjin sprach — lange, mit der ganzen Lunge, mit dem ganzen Körper. Ist es möglich, all das zu sagen, was Badjin sprach? Alles erwähnte er: die Sowjetmacht, die neue ökonomische Politik, den wirtschaftlichen Aufbau, den Genossen Lenin, die Russische Kommunistische Partei, die Arbeiterklasse ... Und dann — kam er zum Wichtigsten: ... Und hier ist einer von unseren Siegen an der Vork-

schafftsfront — ein gewaltiger, übermenschlicher Sieg, — die Inbetriebsetzung unseres Wertes, dieses Giganten unserer Republik. Ihr wißt, Genossen, wie unser Kampf begonnen hat. Im Frühling war es, als wir zum ersten Male mit organisierten Kräften, mit Hammer und Erdhock auf die Bergschichten loszogen. Unser erster Schlag gab uns — den Bremsberg und Heilmaterial. Die Arbeiter ließen die Hämmer nicht aus den Händen, Schlag um Schlag schmiedeten sie Leben in die Maschinen, in das ganze komplizierte System dieses kolossalen Wertes hinein. Das Wert — ist in Betrieb. Mit seiner ganzen Wucht ist es zur Arbeit bereit. An diesem vierten Oktobergedenktage feiern wir einen neuen Sieg an der Front der proletarischen Revolution. Im Kampfe erstehen aus der Arbeiterklasse ihre Organisatoren und Helden. Werden je unsere Arbeitermassen den Namen des Kämpfers, des roten Soldaten vergessen können, der freiwillig sein Leben der großen Sache der Revolution geweiht hat? Werden sie je den Namen des Genossen Tschumalow vergessen? ... Er ist hier, an der Front der Arbeit, derselbe Held, ebenso bereit, sich zu opfern, der er auf den Schlachtfeldern war.“

Weiter konnte man nicht hören. Als ob der Berg sich von seinem Platz wälzte und mit schrecklichem Getöse über Glib, über den Turm, über das ganze Werk zusammenstürzte. Geschrei, Geheul, Getöse ... Der Turm zitterte und schwankte, als wäre er aus Draht. Einen Augenblick noch — und er wird wie ein Spielzeug zusammenstürzen, in die Luft fliegen, wird über diesem Meer von Köpfen hüpfen, über den Fahnen, in diesem wogenden Menschenjodum. Unten, und noch irgendwo, und in der Ferne dröhnten metallen die Orchester.

Glib, bloß, bestürzt, stammelte felsig, ihm selber unverständliche Worte, leuchtete, winkte mit den Händen und lachte, ohne sich zurückhalten zu können, nicht von innen heraus, sondern nur mit dem Juden des Gesichtes.

„Sprich ... Du hast jetzt das Wort. Los!“

Wozu sprechen, wo doch alles auch ohne Worte klar ist? Er braucht nichts. Was bedeutet sein Leben? Ist es doch nur ein Stäubchen in diesem Ozean menschlicher Leben. Wozu sprechen, seine Stimme und seine Worte sind hier nicht nötig, unnötig, dumm und unwichtig! Er hat keine Worte, hat kein Leben außerhalb dieser dröhnenden Massen. Seine Kiefer zitterten und die Zähne schlagen aufein-

ander. Die Augen sahen nichts mehr, und die Massen stammten in einem Feuerwirbel auf.

„Also sprich doch ... sang endlich an.“

Und er wußte nicht, was er sprach, und es schien ihm, als ob er nicht spräche, sondern unzusammenhängenden, kläglichem Lufstammelte. Aber seine Stimme war weit hinaus hörbar, bis in die Berge hinauf.

... und nicht Worte schwächen, Genossen ... und nicht die Junge wehen ... den Schädel fest zwischen den Schultern halten und mit der Hand die Sache am Genick packen ... So ist die Frage zu stellen. Das ist kein Verdienst, wenn wir uns mit der Schaffung unserer proletarischen Wirtschaft herumschlagen ... Wir alle ... einig und geschlossen ... Wenn ich ein Held bin, dann seid auch ihr alle Helden ... Und wenn wir nicht alle unsere Eingeweide anspannen bis zum Heldenstum, dann müßte man uns alle, verflucht noch mal, vom höchsten Turm kopfsüber ... Aber eines will ich noch sagen, Genossen: wir werden alles schaffen, alles leisten und werden allen, holt der Teufel, vierzig Punkte vorausgeben ... wenn wir nur mehr solche Techniker hätten, wie es unser Ingenieur Kleist ist, und noch irgendetwas ... dann würden wir sehr bald ganz Europa überrollen ... Und das wird sein, Genossen ... das muß sein! ... unser Einsatz war unser Blut, und mit unserem Blute haben wir die ganze Welt entzündet ... Jetzt, im Feuer gelächelt, fehen wir alles auf die Arbeit ... Unser Hirn, unsere Hände zittern ... nicht vor Anstrengung, nein, sie verlangen nach neuer Arbeit ... Wir bauen am Sozialismus, Genossen, und an unserer proletarischen Kultur ... Auf zum Sieg, Genossen!“

Wieder senkte sich dröhnend der Berg und explodierte mit einem Heulen und metallener Orchestermusik.

Glib erinnerte sich nur wie im Traum, wie er die rote Fahne gepackt und sie dreimal über die Massen geschwenkt hatte. Und im metallenen Brüllen stöhnten alle Berge auf einmal auf, und tolle Wirbel erschütterten die Luft. Sirenen heulten — eine, zwei, drei ... — heulten gleichzeitig in verschiedenen Tonarten, zerrissen das Trommelfell, und es schien, als ob nicht Sirenen heulten, sondern die Berge, die Felsen, die Massen, die Werkbauten und Schote. Und mit den Sirenen heulten und dröhnten auch die unzähligen Massen. Sie tanzten dort unten, unter dem Turm, auf den Felsen, auf den Bergabhängen. Wie feurige Flügel flatterten die Fahnen, und die Orchester klangen wie Glocken.

zu erkennen. Um die Häuser neu zu fundamentieren, werden eingehende Untersuchungen der Bodenverhältnisse durch die beteiligten Behörden fortgesetzt. Nach Abschluß der Untersuchungen soll erneut beraten werden, welche Maßnahmen getroffen werden müssen.

## Tragödien lediger Mütter. Der Nordprozess von Caputh.

Die Beweisaufnahme in der Nachmittags-Sitzung galt in der Hauptsache der Frage: Hat Schwarze die unglückliche Martha John nach Caputh mit der Absicht gefodert, sie zu töten, oder ist ihm der Entschluß zu seiner Tat plötzlich gekommen?

Die ausgedehnte Verhandlung ergab dann ein eindrucksvolles Bild von den Ereignissen, die der Tat vorangegangen waren und von der Tat selbst. Die Aussage der Zeugin Hildegard M., der Mutter des ersten unehelichen Kindes des Angeklagten, führte die Tragödie der ledigen Mütter in ihrem ganzen Ausmaß vor Augen, die Charakterlosigkeit von Männern, die unfähig sind, die Verantwortung für ihr Handeln auf sich zu nehmen, das trostlose Verhalten der Väter, die ihre Söhne, statt zur Verantwortung zu erziehen, zur Verantwortunglosigkeit anbahnen. Als Hildegard vom Vorsitzenden gefragt wird, ob sie mit dem Angeklagten verlobt sei, sagt sie: „Ja“, mir haben einander im März 1927 verlobt. „Und Sie, Angeklagter?“ fragt der Vorsitzende. „Wenn Sie solange warten müßten, bis ich herauskomme, und ich das Glück haben werde, Sie in die Arme zu schließen, so müßte ich es gern tun.“ Die Zeugin schließt ihre Aussage unter Tränen: „Er hat versucht, gutzumachen, was er während drei Jahre, in dem er sich weigerte, seine Pflicht zu tun, mir angetan hat. Einen besseren Vater kann man sich nicht denken. Darum blühe ich den Staatsanwalt, ihn nicht zu hoch zu bestrafen.“

Auch die übrigen Zeugen, die über die Persönlichkeit des Angeklagten Auskunft geben sollen, können im großen und ganzen über ihn nichts Nachteiliges sagen.

Nach tragischer Gestaltete sich das Schicksal der anderen unehelichen Mütter, der Martha John. Als sie im Juni 1926 ihre Stellung bei dem Hofwirt Hoffmann aufgegeben hatte, ging sie erst nach Berlin zu ihrer Tante. Es zog sie aber wieder nach Caputh zurück, und sie nahm hier die Stellung bei W. an. Wenige Tage später erbeutete ihre „Herrschaft“ ihren Zustand und kündigte ihr. Auf den Weg bekam sie 3 M. Während ihrer Anwesenheit in Caputh hatte die John der Schwester des Angeklagten von ihrem Zustand Mitteilung gemacht. Sie hatte auch versucht, ihn selbst zu sprechen. Er ließ sich aber auf nichts ein. Gleich darauf fand sie eine Stelle in Großbeeren. Auch hier merkte man, daß sie in anderen Umständen war. Dem Kutscher sagte sie ein Schreiben von ihrem „Bräutigam“, der sie nach Caputh rufe. Von ihrer Wirtin borgte sie 5 M., um dorthin zu fahren. Sie kam nicht wieder.

Bei der Kriminaluntersuchung waren zwei bis drei Vermittlungsversuche im Gange. Die Mutter fuhr nach Caputh, suchte auch Schwarze auf und stellte ihn zur Rede. Der meinte aber: „Ich bin doch kein dummes Junge, ich würde mir doch keine Laus in den Hals legen.“ Das war im März o. J. Erst im August fand endlich die Berliner Kriminalpolizei den Weg nach Caputh und nahm den Angeklagten nach Berlin mit. Anfangs leugnete er, die John gefodert und mit ihr intime Beziehungen unterhalten zu haben. Von Vernehmung zu Vernehmung änderte er seine Aussage. Als er dann mit dem Kriminalbeamten nach Caputh fahren sollte, erklärte er: er habe sie im Sparpfeil während einer Auseinandersetzung in seiner Bude erwischt und bei dem Betreten durch den Spaten den Schädel verletzt. Daß er sie mit Absicht nach Caputh gefodert habe, bestritt er jetzt. Und schließlich schiederte er in einer weiteren Vernehmung, wie er sie zuerst gewünscht, dann auf ihr gefodert und schließlich mit dem Hutmacher, das er bereitgestellt habe, den Schädel zertrümmert habe. Diese letzte Darstellung, die ihm den Kopf kosten könnte, bestritt er jetzt. Das Urteil dürfte erst heute abend zu erwarten sein.

## Ach, das sind ja die Mosstrichbrüder! Gefängnis wegen Beschimpfung der Reichsflaggen.

Das räpelhafte Betragen eines jungen Burschen, der in unverantwortlicher Weise die Reichsflaggen und Angehörige des Reichsbanners beleidigte, fand vor dem erweiterten Schöffengericht Lichtenberg sein Nachspiel.

In den Abendstunden des 4. November o. J. waren mehrere Mitglieder des Reichsbanners von einer Verammlung gekommen. Sie gingen bis zur Frankfurter Allee und begegneten dort einigen jungen Leuten, von denen einer eine Bemerkung machte. Als einer der Reichsbannerleute darauf eine Antwort gab, rief einer der Burschen: „Ach, das sind ja die Mosstrichbrüder!“ Die Reichsbannerleute veranlaßten die Festnahme dieses Burschen, der sich nun in der Person des 18 Jahre alten Arbeiters Karl Kriem wegen Beleidigung und wegen Beschimpfung der Reichsflaggen vor dem Schöffengericht Lichtenberg zu verantworten hatte. Mit Rücksicht auf seine Jugend verurteilte ihn das Gericht zu einem Monat Gefängnis, gab ihm jedoch gegen Zahlung einer Buße von 50 M. eine dreijährige Bewährungsfrist.

## Ein feines Lesebuch.

Bei der Berliner höheren Mädchenschule, der sogenannten Auguste-Victoria-Schule in Charlottenburg, ist das Lesebuch für deutsche Mädchen „Lebensgut“, Ausgabe für Brandenburg 6. Teil 2. Auflage (Verlag M. Diesterweg, Frankfurt a. M. 1925) eingeführt. In diesem Buche findet sich der Aufsatz „Von dem großen Kriege“ von Gustav Freytag auf Seite 146/149. Eine Stelle aus dem Aufsatz ist für die heftigste Bestimmung des Buches charakteristisch: „Über Frankreich hatte noch nicht genug; es liegt noch auf dem sterbenden Volk und laugt sein Blut.“ Die republikanische Beschwerdestelle Berlin wandte sich in dieser Angelegenheit (Verstoß gegen Artikel 143 Nr. 1) an das zuständige Provinzialkollegium und weiter an den preussischen Unterrichtsminister, der durch Erlaß vom 16. Dezember 1927 folgende Entscheidung traf: „Ich habe die Verlagsbuchhandlung M. Diesterweg in Frankfurt a. M. ersucht, den Verfassern des deutschen Lesebuches „Lebensgut“ nahelegen, in einer Neuauflage des Buches das von Ihnen beanstandete Bild „Von dem großen Kriege“ von Gustav Freytag zu streichen. Im Auftrage gez. Jahnte.“

Es wäre besser gewesen, wenn zu gleicher Zeit den Schulen aufgegeben worden wäre, dieses Lesebuch überhaupt nicht eher anzuschaffen, als bis die beanstandete Stelle ausgemerzt ist.

## Sozialistische Hochschulausschüsse.

Nachdem die staatlichen Studentenschaften in Preußen ihr Ende gefunden haben, hat sich zur weiteren Vertretung und Wahrnehmung der wirtschaftlichen und hochschulreformatorischen Interessen der linken Freistudenten an einigen Hochschulen ein „Sozialistischer Hochschulausschuß“ gebildet. An der Berliner Universität wird er in Fortführung der Arbeit der bisherigen Studentenfraktion „Sozialisten“, hinter der die letzten Studentenvahlen 12 Prozent aller Wähler standen, in enger Zusammenarbeit mit den sozialistischen Dozenten und Mitarbeitern praktische Arbeit leisten durch Hilfe für Rinderbewirtschaftung und Berufstudenten, durch Wohnungsvermittlung, Studien- und Berufsberatung. Politisch stehen die „Sozialistischen Hochschulausschüsse“ in enger Verbindung mit der Vereinigung sozialdemokratischer Studierender. Der Vorstand besteht an der Universität aus bekannten Führern der

# Bereinheitlichung der Müllabfuhr.

Diese Arbeiten einer modernen Stadtverwaltung haben die Eigentümlichkeit, daß sie gewöhnlich von der Bevölkerung fast gar nicht beachtet werden. Ihre Regelung gehört so sehr zu den selbstverständlichen Voraussetzungen des modernen großstädtischen Lebens, daß man auf diese Dinge nur dann achten würde, wenn sie eines Tages einmal nicht funktionierten. Dazu gehört auch die Müllabfuhr. Wer weiß, daß unzählige Waggons mit Hausmüll täglich die verschiedenen Bahnhöfe Berlins verlassen, wer weiß, daß weite Flächen der Mark durch diese Abfallprodukte der Großstadt im Laufe der Jahre urbar gemacht werden? Man sieht vielleicht gedanklos die großen pferdebewegten Berliner Müllwaggons an den Bordsteinkanten halten und sieht die Müllarbeiter aufeinander gestülpt die schweren Müllkästen von den Höfen der Häuser zu den Wagen schleppen. Aber wer denkt noch daran, daß vor wenigen Jahren in der schlimmsten Inflationszeit das Müll auf den Höfen bergehoch lagerte! Das war zu der Zeit, wo der angeblich „hochbezahlte“ Müllkutscher ein unentbehrliches Requisite bürgerlicher Demagogie im Kampfe gegen die Arbeiterklasse war.

Von dieser Zeit her stammt in Berlin noch der organisatorische Wirtswart in der Regelung der Berliner Müllabfuhr. Früher wurde die Müllabfuhr von allen möglichen Organisationen, von kleinen und großen Unternehmern bedient. Der größte Unternehmer, die Wirtschaftsgenossenschaft der Berliner Hausbesitzer, räumte in der Inflationszeit ihr eigenes Unternehmen unter einer anerkannt unsicheren Leitung. Die Not der Inflationszeit erzwang dann schließlich in Berlin eine politische Regelung für fast ganz Berlin mit Ausnahme einiger Außenbezirke, es blieb aber insofern bei dem organisatorischen Durcheinander als neben dem großen Privatbetrieb der Berliner Müllabfuhr-Aktiengesellschaft eine Reihe kleinerer Betriebsbestanden. Der Schneberger Betrieb kam 1924 zum Erliegen, weil die Versuche mit der Schneberger Müllverbrennungsanstalt scheiterten. Die Stadt wollte damals ein weiteres Risiko nicht übernehmen und verpachtete auch diesen Betrieb. An der Berliner Müllabfuhraktiengesellschaft war die Stadt nur mit einem Viertel beteiligt, einen nennenswerten Einfluß auf die Geschäftsabwicklung der Gesellschaft hatten sie nicht. Die Verhältnisse bei dieser Gesellschaft entwickelten sich nicht günstig und auf den Generalversammlungen machte sich eine immer stärkere Opposition bemerkbar.

In letzter Zeit hat die Stadt ihre Politik auf diesem Gebiet radikal geändert. Der Magistrat hat im Laufe des vergangenen Sommers ein größeres Aktienpaket von ungefähr 2 Millionen Mark erworben. Dadurch kam er in den Besitz einer vollständig übertragbaren Majorität. Er hat seitdem ununterbrochen Aktien der Gesellschaft weiter gekauft und in letzter Zeit sich noch ein weiteres Aktienpaket gesichert. Als letzter Großaktionär ist bei der Gesellschaft noch der Deutsche Verkehrsverband, die Organisation der Müll-

arbeiter, verblieben. Es versteht sich von selbst, daß die Gewerkschaft in der Gesellschaft mit dem Magistrat Hand in Hand arbeitet. Diese Entwicklung hat dem Magistrat Bewandlung gegeben, durch drei Vorlagen der Stadtverordnetenversammlung eine vollständige Neuorganisation der Müllabfuhr in Berlin vorzuschlagen. Es soll die gesamte Berliner Müllabfuhr einheitlich an die Aktiengesellschaft übertragen werden. Man will, wie bei allen anderen städtischen Betrieben nur einen einzigen Betrieb haben, der seinen Tätigkeitsbereich auf das ganze Reichsbild der Stadt ausdehnt. Die heute noch nicht durch das Orisgesetz erfassten Außenbezirke sollen ebenfalls der ortsgewässerten Regelung unterworfen werden. Die kleineren Betriebsbetriebe sollen der großen Gesellschaft angegliedert werden. Auf diese Weise kann mit einem einheitlichen Wagenpark, gemeinsamen Verladestellen und gemeinsamen Schutzplätzen in der Mark billiger und rationeller gearbeitet werden. Die Zusammenlegung soll in Etappen erfolgen. Vom April dieses Jahres ab sollen die Betriebsbetriebe von Köpenick, Treptow, Neufeld und Tempelhof mit der Gesellschaft vereinigt werden. Schon im letzten Jahre sind alle Anteile der Schneberger Müllabfuhraktiengesellschaft auf die Berliner Müllabfuhraktiengesellschaft übertragen worden. Auch diese Betriebe werden in kurzer Zeit miteinander verschmelzen. Die Betriebe von Wilmersdorf, Charlottenburg und Spanbau werden später nachfolgen. Schon in diesem Jahre wird für Charlottenburg gemeinsam mit der Gesellschaft eine neue große leistungsfähige Verladebrücke wie ein neues Depot gebaut werden.

Diese Neuorganisation ist auf einem bestimmten Teilgebiet eine radikale Verwaltungsreform. Sie führt zwangsläufig zu einer erheblichen Verbilligung. Tatsächlich haben die Müllgebühren in letzter Zeit sich nicht unmerklich gesenkt. Im Jahre 1926 betrug die Gebühr für eine wöchentliche Abholung eines großen 200-Liter-Müllfasses im Monat noch 5,55 M., 1927 ging der Preis bereits auf 4,00 M. herunter und von 1. April 1928 schlägt der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine weitere Preisermäßigung auf 4,60 M. vor. Die Verwaltung hofft, nach Durchführung der Zusammenlegung aller Betriebe mit der Berliner Müllabfuhraktiengesellschaft und nach Durchführung weiterer Rationalisierungsmaßnahmen im Laufe von ein bis zwei Jahren weitere Preisermäßigungen vorschlagen zu können. Voraussetzung für diese Neuorganisation ist selbstverständlich eine Kontrolle der städtischen Körperschaften über die Tätigkeit der Gesellschaft. Zu dem Zweck soll der Aufsichtsrat in Zukunft von der Stadt durch 8 Stadtverordnete, 4 Magistratsmitglieder und je einem Vertreter der Hausbesitzer und der Mieter besetzt werden. Die drei auf die ganze Frage bezüglichen Vorlagen des Magistrats liegen augenblicklich dem Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung vor. Es ist damit zu rechnen, daß sie mit großer Majorität von der Stadtverordnetenversammlung angenommen werden.

## Republikanischer Abend

Donnerstag, den 26. Januar, 10 Uhr, im Viktoriagarten, Wilmersdorf, Wilhelmstraße 114  
Genosse Philipp Scheidemann, M. d. R., spricht über:  
**Der Kampf um die Republik.**  
Alle Republikaner sind eingeladen. SPD. Wilmersdorf.

## Vereinigung sozialdemokratischer Studierender.

Der preussische Minister des Innern, Genosse Grzesinski, spricht am Mittwoch, dem 25. Januar, 10 Uhr, im Bürgersaal des Rathauses, Königsstraße, über:  
**Bevölkerung und Behörden im neuen Staat.**  
Alle Parteigenossen sind eingeladen.

## Frauenarzt Dr. Joachim freigesprochen.

In wochentägiger Verhandlung beschäftigte die Strafkammer des Landgerichts III der Fall des Frauenarztes Dr. Georg Joachim, der wegen Verbrechen nach § 218 (Abtreibung) in einem Falle in Verbindung mit fahrlässiger Tötung vom Schöffengericht Charlottenburg zu 1 Jahr 8 Monaten Zuchthaus verurteilt worden war. Der Prozeß hatte in medizinischen Kreisen in weitestem Maße Aufregung hervorgerufen, denn es handelte sich um einen 56-jährigen Arzt. Auf die Berufung des Angeklagten hin hatte sein Verteidiger, R.-A. Walter Bahr, noch eine ganze Reihe von weiteren medizinischen Sachverständigen geladen. Es drehte sich bei den Gutachten vorwiegend um die sogenannte medizinische Indikation. Viele Frage ist schon seit längerer Zeit in der medizinischen Welt ein Gegenstand des heftigsten Streites. Die eine Richtung, die besonders von Professor Dührsen vertreten wird, geht sehr weit in der Befugnis des Arztes, eine Unterbrechung vorzunehmen, während die konservative Richtung auch bei schwerer Erkrankung der Mutter das Kind zu erhalten sucht. Dieser Prozeß zeigte auch, in welchen Gefahren der Frauenarzt täglich schwelgt, wie Rechtsanwalt Bahr, der die Freisprechung des Angeklagten verlangte, hervorhob, während der Staatsanwalt eine Erhöhung der Strafe beantragt hatte. Nach fünfjähriger Beratung kam die Große Strafkammer unter Vorbehalt von Landgerichtsdirektor Ohlmeier unter Aufhebung des Schöffengerichtsurteils zu einer Freisprechung Dr. Joachims.

## Fordausstellung!

Der Kaiserjubiläum im Zoo beherbergt augenblicklich eine Ausstellung der Ford-Company. Der lang erwartete neue Ford-Wagen, über den zahlreiche Gerüchte in den Umlauf gesetzt waren, ist nun erschienen. Ford hat dem allgemein herrschenden Gschmack Konzeptionen gemacht. Die Wagen haben entsprechende schmitzige Formen; sie sollen von Anfang an bis Ende neu durchkonstruiert worden sein. Ford, der stolz darauf war, daß seine Kunden „Wagen in jeder Farbe haben konnten, sofern diese Farbe schwarz sei“, hat sich entschlossen, auch bezüglich der Farbe entgegenzukommen. Die Käufer haben heute die Möglichkeit, unter vier Farben, und zwar niogarablan, arabischer Sand, morgengrau und stahlblau zu wählen. Der Motor ist völlig ausbalanciert, so daß seine Arbeitsschwankungen auf ein Mindestmaß herabgesetzt wurden. Er hat eine Bremsleistung von 40 bzw. 28 PS. Es wird eine Geschwindigkeit von rund 85 Kilometer garantiert. Als besonderer Vorzug wird das hohe Anzugmoment des Motors gepriesen, der innerhalb von 8 1/2 Sekunden von 0 auf 40 Kilometer Geschwindigkeit übergehen kann. Der Wagen soll nach den Behauptungen der Ford-Company im Gegensatz zum alten Ford-Wagen absolut geräuschlos laufen. Der Preis ist infolgedessen eine Ueberschätzung, als viele geglaubt haben, daß Ford den neuen Wagen wesentlich billiger herausbringen würde. Der billigste Ford-Zweifahrer kostet noch immer 3675 Mark, die übrigen Preise liegen um 4000. Immerhin wäre dieser Preis für den Fall, daß der Wagen alles das hält, was er verspricht, mit deutschen Fabrikaten durchaus konkurrenzfähig. Das interessanteste,

was der Besucher in der Ausstellung im Kaiserjubiläum, die von 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends geöffnet ist, sehen kann, ist der neue Ford-Film, den die Kultur-Filmabteilung der Ford-Motorabteilung hergestellt hat. Der Film zeigt die Herstellung und Funktion des Motors in vorbildlicher Weise und macht unter Betonung des ausfallsüßigen Reflames das beste Reflamme, die man sich denken kann. Ford will in diesem Film vor allem der Auffassung entgegenwirken, daß der Ford-Wagen schlechterware sei. Er will beweisen, daß Reflamfabrikation mit höchster Präzision in den Ford-Werken verbunden sind. Und diesen Eindruck ruft der Film bei den Betrachtern zweifelslos hervor: Ob der neue Ford alles das hält, was er verspricht, wird die Zeit lehren. Vorschauvorbeeren kann man nicht erziehen. Es dürfte immerhin doch sein, daß der deutschen Automobilindustrie, besonders dann, wenn die Ford-Company sich zu Preisherabsetzungen entschließt, einen sehr ernsthaften Wettbewerb erhalten hat.

## Schwere Einsturzkatastrophen in Nürnberg. Ein Arbeiter getötet, sechs weitere und eine Frau verletzt.

Nürnberg, 23. Januar.  
Bei dem Bau einer Schiffsfabrik stürzte ein über dem Dach lagernder Teil einer Siedelmauer unter großem Getöse plötzlich herab und durchschlug das Dach eines Kohlen-schuppens, in dem sich mehrere Arbeiter und Arbeiterinnen befanden. Während einer der Arbeiter auf der Stelle getötet wurde, wurden zwei weitere schwer und vier Arbeiter leicht verletzt. Eine Frau wurde so schwer von den herabstürzenden Gesteinsmassen getroffen, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt werden muß.

## Eröffnung der Berliner Kerkkammer.

Die Berliner Kerkkammer, die zum ersten Male nach dem Proportionalwahlgesetz gewählt ist, trat am Sonntagabend zusammen. Schon in den Vorberhandlungen zur Wahl des Vorstandes hatte es sich darum gehandelt, sich mit der Fraktion der linken Fraktion der Ambulatoriumsärzte abzusprechen. Da eine allseitsfähige Mehrheit für den Vorstand sich nicht ergab, hatte man sich auf einen nach dem Proporz zusammensetzenden Vorstand geeinigt. Auch die beiden sozialistischen Fraktionen, die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte“ und der stark unter kommunistischem Einfluß stehende „Berein sozialistischer Ärzte“ hatten ihre Beteiligung an einem Proporzvorstand zugesagt, unter der Voraussetzung, daß wirklich alle Gruppen daran beteiligt würden. Aber nur die erste der beiden Fraktionen, die der „Arbeitsgemeinschaft“ zog aus dem Ausschluß der Ambulatoriumsärzte von der Vorstandsbildung die Konsequenz, sich nicht am Vorstand zu beteiligen, der sich also nunmehr aus allen Gruppen der Kammer, mit Ausnahme der Arbeitsgemeinschaft und der Ambulatoriumsärzte, zusammensetzt. Doch gelang es mit Drohung durch Obstruktion und dank der Verhandlungsführung des neugewählten Vorsitzenden, Rudolf Hennhoff, den Ambulatoriumsärzten die vor ihnen beanspruchte Vertretung in den Kommissionen zu verschaffen. Aus prinzipiellen Gründen lehnte die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte die Beteiligung an ärztlichen Ehrengerechtigtausschüssen ab, während sich der „Sozialistische Ärzteverein“ durch einen kommunistischen Vertreter daran beteiligte.

## Rubinstein kontra Viscator.

In dem Rubinstein-Prozeß, den der russische Bankier Kommerzienrat Dimitri Rubinstein gegen Genoa Viscator dagegen angeklagt hat, daß in dem letzten Stück „Rasputin“ seine Fäzian auf die Bühne gebracht wird und in ehrenrühriger Weise von ihm in mehreren Szenen die Rede ist, hat jetzt das Landgericht II das Urteil verkündet. Der Gericht hat den Antrag der Rechtsanwältin bestätigt, wonach der Viscator-Bühne verboten ist, ehrenrührige Bemerkungen über Rubinstein zu machen, und ihr ferner unterliegt wird, die Person Rubinsteins auf die Bühne zu bringen.

Das ideale  
**Laxin** Abfuhr-Konfekt







## Löhne in England.

### Der Reallohn steigt, weil die Preise sinken. — Trotz Niederlage der Bergarbeiter.

Das Jahr 1926 hat den englischen Arbeitern eine bittere Niederlage gebracht: nicht nur für die Bergarbeiter allein, sondern auch für das gesamte Proletariat des vereinigten Königreichs bedeutete der Zusammenbruch des Kohlenstreiks einen harten Schlag. Die Unternehmer und die Reaktion haben aber den Sieg zu früh gefeiert: die Widerstandskraft der Gewerkschaften war nicht gebrochen und im Laufe des folgenden Jahres ist es ihnen gelungen, Erfolge zu erzielen, die in den Jahresergebnissen der englischen Arbeitsstatistik mit voller Deutlichkeit in Erscheinung treten.

#### Die Streikbewegung in England

war im verflochtenen Jahre außerordentlich schwach.

Jahr	Zahl der Streikenden	Zahl der Beteiligten		Verlorene Arbeitstage
		unmittelbar	mittelbar	
1913	1459	497 000	167 000	9,8 Millionen
1919	1352	2 401 000	190 000	35,0
1920	1607	1 779 000	153 000	26,6
1921	763	1 770 000	31 000	85,9
1922	576	512 000	40 000	19,8
1923	628	343 000	62 000	10,7
1924	710	558 000	55 000	8,4
1925	603	401 000	40 000	7,9
1926	323	2 724 000	10 000	162,2
1927	303	89 000	18 000	1,2

In den Arbeitskonflikten des Jahres 1927 sind 114 Konflikte im Bergbau (mit 73 200 beteiligten Personen und 700 000 verlorenen Arbeitstagen) einbezogen, die einen verspäteten Nachklang der großen Kämpfe des vorherigen Jahres darstellen. Scheiden wir diese Fälle aus, so bleiben noch 189 Streiks mit etwa 34 000 Teilnehmern und rund 500 000 verlorenen Arbeitstagen, ganz niedrige Zahlen, die davon zeugen, daß in den letzten zwölf Monaten die englischen Gewerkschaften zu der Waffe des Streiks so gut wie gar nicht begriffen haben.

Sie haben aber den Kampf für die Besserung — und noch mehr gegen die Verschlechterung — der Arbeitsbedingungen mit allen anderen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln geführt. Und dieses ist nicht ohne Folgen geblieben.

#### In der Frage der Arbeitszeit

sind in der Beobachtungsperiode keine besonderen Verschiebungen zu verzeichnen: nur bei 1650 Arbeitern wird eine Kürzung der Arbeitszeit (im Durchschnitt um 4,7 Stunden wöchentlich) nachgewiesen und bei 18 650 Arbeitern um die Arbeitszeit verlängert worden (und zwar um 3,5 Stunden in der Woche). Diese Verlängerung der Arbeitszeit entfällt ausschließlich auf den Bergbau und ist mit dem verlorenen Streik des Jahres 1926 aufs engste verbunden. In den übrigen Wirtschaftszweigen hat die Arbeitszeit keine — sei es auch unbeträchtliche — Verlängerung erlitten.

#### Die Lohnbewegungen.

In den Löhnen sind dagegen im Jahre 1927 erhebliche Veränderungen erfolgt. Die englische Lohnstatistik berichtet nicht über das durchschnittliche Niveau der Löhne in den einzelnen Berufen, wie es in Deutschland üblich ist. Sie ermittelt aber die Zahl der Personen, die von einer Bewegung der Löhne — nach der einen oder der anderen Richtung — getroffen worden sind, weist die gesamten Beträge der Verluste und der Gewinne an Wochenlöhnen nach und gibt die endgültige Summe der Lohnveränderungen an. Bei der Beurteilung der Bedeutung dieser letzten Summe ist es zu berücksichtigen, daß die Gesamtzahl der Arbeitnehmer, auf die sich die britische Lohnstatistik erstreckt, etwas kleiner als die Zahl der „Beschäftigten“ ist und rund 10 Millionen beträgt. Man kann also die durchschnittliche Steigerung oder Senkung der Wochenlöhne für das gesamte Proletariat errechnen und mit den Veränderungen in den Lebenskosten in demselben Zeitabschnitt vergleichen.

Die nach der englischen Methode ermittelte Bewegung der Löhne im Jahre 1927 läßt sich wie folgt zusammenfassen: 280 000 Arbeitnehmer (davon 188 000 im Schiffbau) haben eine Erhöhung der Löhne erhalten; bei 1 833 000 Personen (davon bei

792 000 im Bergbau, 232 000 in der Textilindustrie und 196 000 im Bekleidungs-gewerbe) sind die Löhne gesunken. Der Gesamtbetrag der Steigerung der Wochenlöhne war 30 000 Pfund Sterling, der der Senkung 389 000 Pfund Sterling. Im Ergebnis ist also die Summe der Wochenlöhne um 359 000 Pfund Sterling oder um 7018 000 Schilling (= Mark etwa) gesunken, was eine durchschnittliche Senkung des Wochenlohnes eines Arbeiters um etwa 0,7 Schilling bedeutet. Im Vergleich mit dem Stand der Vorkriegszeit schätzt die englische Arbeitsstatistik die durchschnittlichen Wochenlöhne des Jahres 1926 auf 172,5 Prozent und die des Jahres 1927 auf 170 Prozent.

Dieses bedeutet aber nicht, daß die Reallohn der englischen Arbeiter im Laufe des letzten Jahres gesunken seien. Im Gegenteil! Die Senkung der Geldlöhne blieb in der Beobachtungsperiode hinter der Senkung der Lebenskosten zurück. Der Lebenshaltungsindex betrug nämlich im Dezember 1926: 179, im Dezember 1927: 169. Die Preise sind also um 5,5 Prozent gesunken, die Geldlöhne aber kaum um 1,5 Prozent.

#### Der Reallohn der englischen Arbeiter ist also gestiegen und hat unbestreitbar den Vorkriegsstand überstiegen.

Diese Lohnbewegung wurde von einer erfreulichen Abnahme der Arbeitslosigkeit begleitet. Die Auffassung des Arbeitslosenheeres ist aber in England nicht so sprunghaft wie in Deutschland vor sich gegangen.

#### Der Prozentsatz der Arbeitslosen in den versicherten Industrien

Jahresdurchschnitt	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927
1921	17,0	14,3	11,7	10,3	11,3	12,5	12,0
1922	17,0	14,3	11,7	10,3	11,3	12,5	12,0
1923	17,0	14,3	11,7	10,3	11,3	12,5	12,0
1924	17,0	14,3	11,7	10,3	11,3	12,5	12,0
1925	17,0	14,3	11,7	10,3	11,3	12,5	12,0
1926	17,0	14,3	11,7	10,3	11,3	12,5	12,0
1927	17,0	14,3	11,7	10,3	11,3	12,5	12,0

Für das ganze Jahre 1927 ergibt sich im Durchschnitt ein Prozentsatz von 9,7, der an und für sich noch sehr hoch ist, aber im Vergleich zu den vorherigen Jahren von einer wesentlichen Besserung der Lage zeugt.

#### Größere Produktion. — Weniger Arbeitslose. — Durch Preisrückgang!

Im ganzen hat sich die Arbeitslosigkeit in England im Jahre 1927 etwa um ein Sechstel vermindert. Die Produktion ist also gestiegen. Wo hat aber die englische Industrie die neuen Absatzmöglichkeiten erworden, deren Fehlen das Grundproblem der britischen Wirtschaftskrise war? Jedenfalls nicht auf den äußeren Märkten! Die Ausfuhr Großbritanniens betrug:

im Monatsdurchschnitt von	1924	1925
1924	66,7	64,4
1925	66,7	64,4

Für die ersten zehn Monate des Jahres 1927 ist die entsprechende Zahl 58 Millionen Pfund Sterling. Berücksichtigt man die Bewegung der Großhandelspreise (1924: 166; 1925: 159; 1927: 141,5), so ergibt sich, daß im Jahre 1927 England ungefähr dieselbe Menge von Waren wie in den Jahren 1924 oder 1925 ausgeführt hat.

Und trotzdem konnten die Fabriken rund 300 000 neue Arbeiter einstellen! Dieses wurde nur dadurch ermöglicht, daß der innere Markt des Landes sich erweitert hatte. Die Hebung der künstlich herabgedrückten Reallohn wurde also in England von einer Erweiterung des inneren Marktes, einer Steigerung des Beschäftigungsgrades, einer Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Konjunktur begleitet.

Die britische Wirtschaft hat die Besserung ihrer Lage den Gewerkschaften zu verdanken, die es verstanden haben, die Herabsetzung der Geldlöhne bei der Senkung der Preise zu bremsen und dadurch eine Steigerung der Reallohn zu erreichen. W. B.

desen Geschäftsführer Direktor Lange. Wir weisen auch heute wieder darauf hin, daß derartige private Besprechungen von Industriellen neben den Staatsverhandlungen eine neue Einrichtung sind, der man nur mit größtem Bedenken gegenübersehen kann. Solange die Massen der Verbraucher, die das entscheidende Wort bei Handelsvertragsverhandlungen zu sagen hätten, nicht ebenfalls an derartigen Verhandlungen teilnehmen, so lange handelt es sich um eine besondere Aktion und Demonstration des Privatkapitals, die von Staats wegen nicht zugelassen werden dürfte und von der öffentlichen Meinung bekämpft werden müßte.

### Warum sind die Städte verschuldet? Eine Erklärung des deutschen Städtetags.

Wir haben vor einigen Tagen berichtet, daß nach der offiziellen Statistik des Reichsfinanzministeriums die kurzfristige Verschuldung der deutschen Städte mit rund 700 Millionen Mark weit unter der phantastischen Summe von anderthalb Milliarden zurückgeblieben ist, mit der der Reichsbankpräsident Dr. Schacht nicht nur die deutsche Öffentlichkeit, sondern auch die ausländischen Kapitalmärkte alarmiert hat. Eine Veröffentlichung der Zeitschrift „Der Städtetag“ zeigt, daß auch diese kurzfristige Verschuldung ihre ganz besonderen Gründe hatte.

Eine kurzfristige Verschuldung der Städte habe es immer gegeben und werde es auch immer geben müssen, so wird mit Recht ausgeführt. Um die kritische Zeit aber — Ende 1926 und Anfang 1927 —, von der ab die kurzfristige Verschuldung rasch zunahm, haben entweder sehr vernünftige Erwägungen oder aber die Anleihepolitik des Reiches bzw. die Kreditpolitik der Reichsbank selbst zur vorläufigen Inanspruchnahme kurzfristiger Kredite geführt. Die damals noch geltenden hohen Zinssätze ließen mit Recht erwarten, daß die Aufnahme von Anleihen zu einem späteren Zeitpunkt weniger Zinsen kosten würden. Dann hat die Auflegung der 5prozentigen 500-Millionen-Anleihe des Reiches erfordert, daß dem Reiche auf dem deutschen Inlandsmarkt von den Städten keine Konkurrenz gemacht wird. Der von 1914 bis 1924 aufgestaute Anleihebedarf der Städte aber konnte nach dem Preisfall der 5prozentigen Reichsanleihe auf dem deutschen Kapitalmarkt nicht mehr befriedigt werden, weil sich nicht nur die Städte, sondern auch alle offiziellen Stellen in der Kraft des inländischen Kapitalmarktes getäuscht hatten. Seit diesen viel zu spät erkannten Umständen aber ist durch die Politik des Reichsbankpräsidenten in der Beratungsstelle die Aufnahme von langfristigen Auslandsanleihen den Städten unmöglich gemacht worden. So erklärte sich also die heutige kurzfristige Verschuldung der Städte auf vollständig natürliche Weise.

Zum Schluß wird gefordert, daß die Beratungsstelle noch tiefer eingehenden Klarstellung ihre Arbeit baldmöglichst wieder aufnehmen und weiter, daß die Städte in der Beratungsstelle, was auch wir schon gefordert und unterstützt haben, durch einen Delegierten vertreten werden.

**Steigende Kohlenproduktion im Dezember.** Die Kohlenförderung im Ruhrbergbau erreichte im Monat Dezember 16,13 gegen 9,8 Millionen Tonnen im November, während die Koksproduktion mit 2,5 Millionen Tonnen den November um rund 100 000 Tonnen überstieg. Auch der Abfall muß sehr gut gewesen sein, denn trotz der Mehrförderung konnten die Halbenbestände bis Ende Dezember um 0,2 auf 1,5 Millionen Tonnen verringert werden. Die Berichte aus den schlesischen Grubenbezirken melden eine, wenn auch unwesentliche Erhöhung der Fördermengen und guten Abfall. Obwohl die zeitweise herrschende strenge Kälte im Braunkohlenbergbau empfindliche Betriebsstörungen hervorrief, stieg die Kohlenförderung in Mitteldeutschland von 9,3 auf 9,6 Millionen Tonnen und die Briquetfabrikation auf 2,23 gegen 2,17 Millionen Tonnen. Die Nachfrage war wegen des Frostes sehr stark. Da der Dezember einen Arbeitstag mehr aufwies als der November, halten sich die Tagesleistungen ungefähr die Waage. Die Belegschaften im Ruhrbergbau betragen 398 043 (— 800) und in Schlefien 75 330 (+ 206).

**Und wieder Werksfusionen!** Bei der vor einigen Monaten erfolgten Verschmelzung der Stettiner Vulkanwerft mit dem Bremer Werfttrust, der Deichmag, deuteten wir bereits an, daß die Zusammenschlußbewegung im Schiffbau noch weitere Kreise ziehen würde. Wie jetzt von der Deichmag-Berwaltung bestätigt wird, bereitet diese Gesellschaft neue Fusionen mit der Schiffswerft Seebach in Wesermünde, der Rüste u. Co. A.-G. in Stettin und der Rosfelder Reptunwerft vor. Während der Erwerb der Seebach-Werft dem Werfttrust nur zur Abrundung seines Bremer Anlagebestandes dienen dürfte, ist der weitere Ausbau der Ostsee-Position, die durch den Besitz des Stettiner Vulkan schon recht stark ist, von Bedeutung. Der Widerstand, den die Deichmag mit ihren weitverbreiteten Vertrauensstellungen in Hamburg fand, ist doch wohl so stark gewesen, daß sie es vorgezogen hat, ihre Hamburger Fusionspläne zunächst zurückzustellen und dafür ihre Stützpunkte an der Ostsee auszubauen. Die nicht gerade rosigsten Verhältnisse bei den kleineren Werften — den großen geht es ausgesprochen gut — kommen diese Pläne der Deichmag jetzt sehr gelegen. Für die kleineren Werften besteht so gut wie gar keine Aussicht, bei der Vergebung von Neubauten berücksichtigt zu werden. Diese Gesellschaften sind also gezwungen, Anknüpfung an die großen Werften zu suchen, wenn sie nicht ein langames Absterben dem Verlust ihrer Selbstständigkeit vorziehen. Die Deichmag will die Fusion dieser drei Werften, die zusammen rund 7,6 Millionen Mark Kapital besitzen, ohne eigene Kapitalerhöhung durchführen.

**Ischhoslowatische Freizonen im Hamburger Hafen.** Der Berliner Vertrag hat Deutschland verpflichtet, in den Häfen Hamburg und Stettin der Ischhoslowakei Landstücke zu verpachten, die als Freizonen gelten und den unmittelbaren Durchgangsverkehr von Waren von oder nach der Ischhoslowakei dienen sollen. In Berlin wurden jetzt zwischen Vertretern der beiden Regierungen Verhandlungen geführt, die über die Größe des ischhoslowatischen Durchgangsverkehrs im Hamburger Hafen, Umfang sowie Ausmaß der Hafenplätze und die Einzelheiten für die Benutzung der Hafenplätze zu einem positiven Ergebnis geführt haben. Ein aus Vertretern Deutschlands, der Ischhoslowakei und Großbritanniens bestehender Ausschuss soll über die in Berlin beschlossenen Vorschläge demnächst endgültig entscheiden.

Ein russisch-spanisches Oelgeschäft ist abgeschlossen worden, das über 150 000 Tonnen lautet.

**Goldpandbriefe der Thüringischen Landeshypothekbank A.-G. Weimar.** Da der Anfang Januar aufgelegte Teilbetrag von 5 Millionen der Serie XII der 8prozentigen reichsmündelsicheren Goldpandbriefe überzeichnet worden ist, und zwar nicht durch Spekulation, sondern durch viele kleine Sparersparungen, hat sich die Landeshypothekbank angeschlossen, weitere 3 Millionen Goldmark dieser Serie und außerdem 3 Millionen Goldmark reichsmündelsichere Gold-Kommunalschuldverreibungen aufzuliegen. Näheres in der heutigen Anzeige.

### Vom Elektrokampf an der Saar.

#### Anschluß an Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk einstimmig abgelehnt.

Saarbrücken, 23. Januar. (Eigenbericht.)

Der Kreistag St. Wendel hat gestern einstimmig den Anschluß an das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk abgelehnt und ebenso einstimmig beschlossen, sich an die Saarland-Lothringen-Elektrizitätsgesellschaft anzuschließen, die bekanntlich eine rein kommunale saarländische Elektrizitätsversorgungsgesellschaft ist. Der erbitterte Elektrowirtschaftskampf, der seit Monaten im Saargebiet entbrannt ist, und der vom RWE, unter Hintanhaltung aller politischen und volkswirtschaftlichen Bedenken gegen die Industrieinteressen vor allem der saarwirtschaftlichen Zukunft geführt worden ist, hat damit vorläufig für diesen saarbrückener Kreis sein Ende gefunden.

Diese Entscheidung ist um so bedeutungsvoller, als das RWE, den Kreis St. Wendel bereits von zwei Seiten her umflammet, und zwar durch den Restkreis Baumholder und den Zweckverband Weser-Zentrale. Es ist erfreulich, daß damit sowohl über die privatwirtschaftliche Rechtspolitik des RWE, wie über die Kurzsichtigkeit gewisser kommunaler Kreistagspolitiker ein nicht zu unterschätzender Sieg errungen worden ist.

Überdies darf dabei nicht übersehen werden, daß das schwerste Stück des Elektrokampfes an der Saar, den das RWE in politisch unverantwortlicher Weise vom Zaun gebrochen hat, noch bevorsteht. Das Saargebiet kann vom Standpunkt seiner politischen und wirtschaftlichen Zukunftsinteressen aus nicht auf die Rückgliederung des Zweckverbandes Weser-Zentrale (Kreis Otzweiler) vom RWE, an die saarländische Elektroversorgung verzichten. Es wäre dringend zu wünschen, daß vor allem auch die in Frage kommenden und an den politischen Folgen besonders interessierten Stellen der Reichsregierung gegenüber dem RWE ein nicht mißzuverstehendes Wort reden würden.

### Deutsches Anleiheexperiment.

In New York ist gestern die 20-Millionen-Dollar-Anleihe der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen, eines kommunalen Verbands-Elektrizitätswerkes, aufgelegt worden, über deren Verwendungswort wir schon berichtet haben. Die Auflegung der Anleihe ist von ganz besonderer Bedeutung. Es wird mit ihr das Experiment gemacht, ob der amerikanische Kapitalmarkt das durch die schachtischen Reden zerstörte Vertrauen in die deutschen Anleihen wiedergewinnen hat oder nicht. Seit vielen Monaten und nach dem harten Kampf gegen die deutschen Gemeinden und öffentlichen Unternehmungen ist es die erste öffentliche Werksanleihe, die die Amerikaner wieder zeichnen sollen. Auf das Ergebnis darf man deshalb gespannt sein.

### Verhandlungen, Verhandlungen...

#### Die polnischen Maximalzölle gelten für Deutschland nicht.

Seit fast 14 Tagen ist die offizielle deutsche Delegation mit Hermes an der Spitze in Warschau wieder am Verhandeln über den deutsch-polnischen Handelsvertrag, ohne daß man irgend etwas Zuverlässiges über den Gang der Verhandlungen hört. Eine Warschauer Meldung dürfte den weiteren Verlauf der Verhandlungen immerhin günstig beeinflussen. Nach dieser Meldung hat die polnische Regierung beschlossen, das schon für Ende vorigen Jahres vorgesehene, dann auf den 1. Februar verschobene Inkrafttreten der Maximalzölle für Deutschland nicht gelten zu lassen. Es soll vielmehr auf diejenigen Staaten beschränkt werden, die mit Polen weder einen Handelsvertrag haben, noch in Handelsvertragsverhandlungen stehen.

Am 26. Januar soll ferner die Besprechung zwischen deutschen und polnischen Wirtschaftsführern, die in Berlin begonnen wurde, in Warschau wieder aufgenommen werden. Unter den 23 Teilnehmern der deutschen Delegation befinden sich vom Reichsverband der deutschen Industrie der Geschäftsführer Herze und Effesser Hartmann, vom Verein deutscher Maschinenbauanstalten

# Bazille hat Württemberg nicht hinter sich.

## Genosse Keil protestiert im Namen der Württemberger.

Der Reichstag setzte gestern die erste Lesung des Reichshaushalts für 1928 fort. Einem kommunistischen Antrag, einen Antrag auf Rücklegung des Berichtes des Sparkommissars Saemisch über die Phobus-Angelegenheit mit der Beratung zu verbinden, wird von den Deutschnationalen widersprochen.

Der Präsident Löbe teilt bei dieser Gelegenheit mit, daß die Angelegenheit ohnehin zur Sprache kommen werde.

weil durch einen Nachtragset die dem Reiche aus der Phobus-Affäre entstandenen Kosten vom Reichstag angefordert werden müßten.

Abg. Seiffert (b. l. Fraktion) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwühlens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Mit so kleinen Mitteln werde man die Aufwertungs-Bewegung nicht zurückdrängen können.

Abg. Frau Gohle (b. l. Fraktion) greift die „sogenannten Arbeiterparteien“ an, die die Politik des Bürgerblodes unterstützen. Der Staatsmann Seering habe sich an die Bourgeoisie angelehnt und die linke SPD. müsse dazu nichts zu sagen. Aber nun die Rede eines anderen „Arbeiterfreundes“, des Herrn Thälmann. Er habe hier gesprochen wie ein schlechter Sozialdemokrat. Seering schmiere sich an an die Bourgeoisie, Thälmann schmiere sich an an die SPD, an Seering. (Heiterkeit.) Er habe an dem gleichen Strang gezogen wie die bürgerlich-liberalen Politiker. Zum Unterschied von den Stalin-Kommunisten verlangen die wahren Kommunisten die Zerstückelung des Staatsapparates und die Herstellung der Sowjet Herrschaft. Alle Demokraten, Sozialdemokraten und rechten Kommunisten werden bloß, wenn sie solche Forderungen hören. (Heiterkeit.) Die SPD. rühre nicht eine Hand, um den mitteldeutschen Metallarbeitern zu Hilfe zu kommen, sie laufe nur immer den Gewerkschaftsführern nach. Der Stalin-Kommunist Brandler sei nicht besser als der Sozialdemokrat Koste. Thälmann habe sich hier geniert, von der proletarischen Diktatur zu sprechen.

### Reichsfinanzminister Dr. Köhler

erinnert daran, daß noch kein Etat der Nachkriegszeit mit Begünstigung aufgenommen worden sei und man könne es verstehen, daß der Reichstag jetzt mit großer Zurückhaltung an die Haushaltsberatung herangehe, da die Zeit der Erholung für Deutschland zu Ende gehe. Bei der Aufstellung des Dames-Planes sei man der Ansicht gewesen, daß in dieser Zeit die deutsche Wirtschaft wieder aufrecht sein werde. Das sei nicht gelungen und deshalb sei der im vorigen Jahre geäußerte Pessimismus des Ministers gegenüber der Finanzlage berechtigt gewesen. Auch die sozialdemokratischen Staatsräten im vorigen Jahre haben den gleichen Pessimismus geäußert. Ich befand mich also, bemerkt der Minister unter Heiterkeit, in recht guter Gesellschaft. An der verpönten Einbringung der Etatsfrage der Reichsregierung keine Schuld. Die Schwierigkeiten für 1928 seien durchaus aufzuwinden. Sowohl in den Ausgaben wie in den Einnahmen sei man bis an die Grenze der Möglichkeit gegangen, um Nachtragset als zu vermeiden. Der Minister bespricht dann eine Reihe von Einzelheiten, die in der Aussprache bisher noch nicht besprochen worden sind, und bemerkt dabei, daß die Ausgabenposten des außerordentlichen Etats unter allen Umständen gedeckelt werden müßten. Der Etat sei so sparsam wie möglich aufgestellt worden, trotzdem mache er der Reichsregierung ebenso große Sorgen wie dem Reichstag. Bei der Erwerbslosenversicherung seien bisher noch Reserven vorhanden, so daß eine Leistungspflicht des Reiches vorläufig nicht in Frage komme. Von den Rednern seien zum Teil größere Ausgaben gefordert worden, aber man habe nicht angegeben, wo die Deckung hergenommen werden solle. In einem Nachtragset sollen Mittel für den Osten, aber auch für einige Gebiete des Westens angefordert werden. Das Steuerneueinkommengesetz liege dem Reichsrat vor, von der Regierung sei es nicht verwickelt worden. Für die Verwaltungsreform und für die Vereinheitlichung des Reiches bedeute die Länderkonferenz einen Fortschritt; das habe auch der preussische Ministerpräsident am Schluß der Verhandlungen anerkannt. Man solle das Scheitern also nicht ohne weiteres in die Weltschmerz werfen. Das Drängen des Abg. Cremer nach dem Einheitsloot werde von seiner Partei durchaus geteilt. In bezug auf sporadische Finanzwirtschaft müsse der Reichstag dem englischen Beispiel folgen und seinem Ausgabebudget im Laufe des Jahres Zügel anlegen. Mit der Verwaltungsreform habe man bei der Post und bei der Finanzverwaltung bereits begonnen. Die für diesen Zweck eingeleiteten Ausschüsse würden wertvolle Arbeit leisten.

### Abg. Keil (Soz.)

Die Generaldebatte über den Etat hat sich in diesem Jahre als eine sehr nützliche Veranstaltung erwiesen. Nur einmal hat uns Wehmut erfaßt, als wir die Rede der Frau Gohle hörten, die wohl ihre Abschiedsrede in diesem Hause war. (Heiterkeit.) Im allgemeinen hätte wohl ohne diese Debatte die breite Öffentlichkeit kaum Gelegenheit gehabt, einen so tiefen und lehrreichen Einblick in das traurige Familienleben des Regierungsbürokraten zu nehmen. Wir haben da, wie der beste Staatskennner der Regierungsparteien, Herr Dr. Cremer, den rosenroten Optimismus des Reichsfinanzministers mit einer wohlwollenden Beurteilungsfähigkeit beleuchtet, als fühle er die Verpflichtung, die Richtigkeit der an der Finanzpolitik Dr. Köhlers geübten Kritik meines Freundes Seering im einzelnen zu erweisen. Wir sehen so dann, wie derselbe Wortführer einer maßgebenden Regierungspartei die Schäden und Gefahren der im vorigen Jahr auf Wunsch der Bayerischen Volkspartei betriebenen Politik der Dotationsen aufzeigte, wie er auch der gesamten Regierung, namentlich aber dem Reichsinnenminister, den Mangel an Führung in der wichtigsten Frage der Innenpolitik, die zur Zeit das deutsche Volk bewegte, bezeugt. Wir haben ferner, wie der berufene Vertreter der zweitstärksten Regierungspartei heikle Anfragen an den Reichstanzler stellte, dem Innenminister Unterricht über seine Pflichten gegenüber dem Reichstag erteilt und zugleich der stärksten Regierungspartei ihre verantwortungslose Opposition in Preußen bescheinigt.

Noch haben wir hier kein Echo auf diese erschreckenden Zurechtweisungen vernommen. Wohl aber hat die deutschnationalen Presse zu erkennen gegeben, daß sie die wohl abgemessenen Andeutungen des Herrn v. Guérard richtig verstanden hat. Gerech und unparteiisch, wie wir Sozialdemokraten immer sind (Sachen rechts), wenn wir unrechtmäßige Zeugnisse der internen Auseinandersetzung zwischen

gegnerischen Parteien sind, erkennen wir gern an, daß sowohl Herr v. Guérard im Recht war, als er den Deutschnationalen, wie man in Württemberg zu sagen pflegt, als Deckele vom Häfale tat, (Heiterkeit), wie umgekehrt auch die Kreuz-Zeitung mit ihren Beschwerden darüber im Recht ist, daß das ohne die unerhörliche Rücksichtnahme auf die deutschnationalen Regierungsfreudigkeit geschehen sei. Nur können wir leider auf die stark betonte Ankündigung der Kreuz-Zeitung keine großen Hoffnungen setzen, daß die Deutschnationalen in allerletzter Zeit die Frage einer gründlichen Prüfung unterziehen würden, ob Ansehen und Würde ihrer Fraktion derartige Belästigungen ihrer Koalitionsfreudigkeit noch lange ertragen würden.

So oft noch Ansehen und Würde der Deutschnationalen mit ihrem Drang zu den Fleischfressern des Regierungsbüros in Wettbewerb getreten sind, hat stets dieser Drang den Sieg davongetragen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Aber das Bild, das die erste Rednerreihe dieser Debatte ergaben hat, wäre nicht vollständig, wenn man die Regierungsbank dabei unberücksichtigt lassen wollte. Der Reichsfinanzminister läßt sich bei seiner „weitschauenden“ Finanzpolitik immer durch die Steuererträge der letzten vier Wochen entscheidend beeinflussen. Er hat sich heute auf einige Äußerungen meines Freundes Herz und nun mir selbst berufen. Wir unterscheiden uns aber von dem Reichsfinanzminister vor allem dadurch, daß wir trotz der günstigen Steuererträge der letzten Monate die größten Besorgnisse um die künftige Finanzgestaltung haben. Wir können uns nicht vorstellen, wie man einen Ausgleich für das Jahr 1929 erzielen will, wenn man nicht wesentliche Kürzungen vornimmt, jedoch unter Aufrechterhaltung der Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke. Im übrigen hat Herr Dr. Cremer das Notwendige dazu so ausführlich gesagt, daß wir uns wesentlich darauf beziehen könnten. Auch der Reichstanzler hat wiederholt in die Debatte eingegriffen. Das eine Mal hat er eine überdeutliche Korruptionsaffäre bei der Reichsmarine zugegeben, die sie immer mit Ablehnungsversuchen zu verdecken gesucht hat. Das zweite Mal hat der Reichstanzler in die Debatte eingegriffen, um selbst ein Bild vollendeter Hilflosigkeit zu zeigen. Die Sachlage ist so, daß Preußen einen Anspruch darauf hat, ein Mitglied zum Verwaltungsrat der Reichsbahn zu ernennen. Der Reichstanzler verneint den Anspruch und befehlt den Posten mit Herrn Luther. Der Staatsgerichtshof hat aber den preussischen Anspruch anerkannt und Preußen wünscht, daß Luther zur Räumung des Postens veranlaßt werde. Die Reichsregierung lehnt es ab und fragt die Verwaltungsmittglieder, ob nicht eines von ihnen zurücktreten wolle. Diese lehnen das ab. Und nun tritt der Reichstanzler vor den Reichstag in einer Fassung, die der des auf dem Dach liegenden Greises gleich.

Worum lehnt es die Reichsregierung ab, Herrn Luther in aller Form mitzutreten, daß seine Ernennung auf Grund eines Rechtsirrtums, also unter falscher Voraussetzung erfolgt sei und warum ersucht sie ihn nicht, von seinem Amt zurückzutreten?

Schließlich hat sich auch der Minister des Innern hören lassen. Allerdings erst auf Grund sehr energischer Aufforderung des Hauses und nach einer Belehrung durch den Reichstanzler. Herrn Keil muß gesagt werden, daß die sozialdemokratische Fraktion und darüber hinaus auch weite Kreise des Reichstags in seiner Erklärung eine nicht sehr mutige Verlegenheitsrede sehe. Wir verstehen es, daß Minister wie auch Abgeordnete gelegentlich einmal draußen im Lande Verpflichtungen haben können, die noch nördlicher sind als die Pflicht zur Teilnahme an unseren Verhandlungen. Wenn er sich in sachlicher Form für die Verhandlungen des Landbundes beurlaubt hätte, dann würde nichts dagegen einzuwenden gewesen sein. Wenn er aber sein Fernbleiben in eine so hässliche Form kleidet, daß die Verammlung des Landbundes wiederholt in ein gegen den Reichstag gerichtetes Gelächter ausbricht, dann fehlt ihm das Mindestmaß an Respekt gegen die Vertretung des deutschen Volkes. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Im übrigen haben die Redner des Bürgerblodes in wirksamer Weise durch ihre Ausführungen die Bemühungen meines Parteifreundes Seering unterstützt, die Wähler über den Charakter dieser Regierung aufzuklären.

Kein Wort ist darüber gefallen, wie die Versprechungen erfüllt werden sollen, die den Wählern vor den letzten Wahlen gemacht worden sind! Es ist auf jener Seite auch kein Wort der Kritik gegenüber der Profit- und Gewaltpolitik des großen Kapitals gefallen!

Wir wissen ja längst, daß die Vertretung der großen Kapitalinteressen vorwiegend bei den Deutschnationalen liegt. Gegenüber der Umarmung der Wählerchaft in den Versammlungen und in der Presse der Deutschnationalen müssen wir die Tatsache vor dem deutschen Volke immer wieder feststellen. Der deutschnationalen Redner hat seiner Enttäuschung über die Außenpolitik der Reichsregierung offen Ausdruck gegeben. Derselbe Außenpolitik, wie sie seit 1919 mit einigen verhängnisvollen Unterbrechungen getrieben worden ist, und auch weiter getrieben werden muß, wenn Deutschland nicht weit zurückgeworfen werden soll. Aber diese Außenpolitik muß in ihren Wirkungen aufs Schwerste geschädigt werden, wenn an ihrer Durchführung eine Partei beteiligt ist, die der tagtäglich in unverantwortlicher Weise gegen die eigene Regierung geht. In einem Punkte freilich suchte der deutschnationalen Redner als mit einer außenpolitischen Tat zu prunken, nämlich mit der Bemerkung Hindenburgs dreier Lannenbergler über die Kriegsschuldfrage. Wie bescheiden doch plötzlich die Deutschnationalen geworden sind! Vor der in Lannenberg erhobene Widerspruch gegen die deutsche Kriegsschuldfrage etwa neu? Hat nicht jede Regierung seit 1919 bei jeder Gelegenheit Erklärungen des gleichen Inhalts abgegeben? Die Deutschnationalen haben doch, solange sie nicht in der Regierung saßen, gefordert, daß die Ratifizierung des Widerspruchs gegen die entsprechende Bestimmung im Versailler Vertrag bei den Mächten abgegeben werde.

Auch diese Forderung haben sie jetzt aufgeben müssen, weil sie von ihrer Überfälligkeit überzeugt sind, denn das weiß die ganze Welt, daß Deutschland niemals die Kriegsschuld anerkannt hat. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Eine große Rolle hat in der Debatte der unersuchbare Verlauf der Länderkonferenz gespielt. Auch außerhalb Württembergs wird kaum jemand ein solches Zutreten erwartet haben, wie es sich der württembergische Staatspräsident auf dieser Kon-

ferenz erlaubt hat. Herr Bazille hat in Herrn Ballraf einen Verteidiger gefunden. Er hat seinen Freund mit der Behauptung in Schutz genommen, der Sach in der Rede Bazilles, der die unmittelbare Gefahr für den Bestand des Reiches und den europäischen Brand heraufbeschwört, für den Fall, daß man zum Einheitsloot zu gelangen versuche, sei aus dem Zusammenhang herausgerissen.

Herr Bazille behauptet, er habe seinen Worten noch einen Sach hinzugefügt, wonach es zu großen innerpolitischen Wirrungen in Deutschland kommen werde und dann würden die württembergischen Nachbarn sich diese Gelegenheit zum Eingreifen nicht entgehen lassen. Ich stelle fest, daß dieser Sach in der Rede des Herrn Bazille, die im genauen Wortlaut im württembergischen Staatsanzeiger abgedruckt wurde, nicht enthalten ist. (Stürmisches hört, hört! bei den Soz.)

Im übrigen hat Herr Bazille seiner Drohung noch eine Verdächtigung politischer Kreise hinzugefügt, die angeblich auf eine Zerstörung des Reiches hinführen. Diese Unterstellung gestattete sich ein Mann, auf dessen Rede die „Königliche Zeitung“ das Wort „Schörrat“ angewandt hat. Als einer der Abgeordneten Württembergs ist es meine Pflicht, zur Wahrung des Ansehens des Landes hier festzustellen, daß Herr Bazille mit seinen größten Drohungen das württembergische Volk selbstverständlich nicht hinter sich hat. Das führende Blatt des württembergischen Zentrums, das mit Bazille gemeinsam die württembergische Regierungskoalition bildet, hat erklärt, daß seine eigenen Parteifreunde ihn in diesem Punkte nicht allzu ernst nehmen. (Hört, hört! links, Zuruf: § 51.) Herr Bazille gehört hier in Reichstag der deutschnationalen Fraktion an. Die Drohungen, die er auf der Länderkonferenz ausgesprochen hat, sind aber weder deutsch noch national. Sie sind umsoweniger verständlich, weil die württembergische Regierung unter seiner Führung in den letzten Jahren in zahlreichen Fällen getragener Maßnahmen des Reichstags zugestimmt hat, die in gleicher Richtung zur Vereinheitlichung des deutschen Staatswesens führten. Im Jahre 1919 bemühte sich die württembergische Regierung darum, das damals vorgelegene Reichsverwaltungsgericht nach Stuttgart zu bekommen. Es wurde zu diesem Zweck auch ein schloßartiges Gebäude erworben. Heute, wo der württembergische Staatspräsident dieses Gebäude bewohnt, erhebt seine Regierung Protest gegen die Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts. (Hört, hört! links.) Gegen den Beschluß beim Reichsbevollmächtigten, wonach für die Dauer von fünf Jahren von je drei freien oder frei werdenden Beamtenstellen eine möglichst und durch den inneren Rep der sogenannten Eigenstaatlichkeit berührt wird, hat nur die Sozialdemokratie gestimmt. Er ist angenommen worden von den Parteien, die sich heute als die berufenen Hüter der Eigenstaatlichkeit aufspielen. Die Ausdehnung der Zuständigkeit des Reiches ist nicht geschehen im Wege des Zwanges, sondern auf Grund gegenseitiger Verständigung, und auch alle weiteren Eingriffe in die Rechte der Länder nach Schaffung der Weimarer Verfassung geschehen mit ausdrücklicher Zustimmung der sogenannten Föderalisten. Die württembergische Bevölkerung denkt nicht daran, dem deutschen Reiche die Treue zu kündigen.

Die Zeiten sind vorbei, in denen ein Oberhaupt Württembergs Säbne des schwäbischen Volkes an einen feindlichen Eroberer verkaufen konnte. In die Seite des schwäbischen Bauern und Bürgers ist jetzt noch der Arbeiter getreten, der sich zu einer starken sozialen Schicht und damit zu einem politischen Machtfaktor entwickelt hat und der die Reichseinheit nicht anstoßen lassen wird. (Sehr richtig! bei den Soz.)

England und Württemberg sind von Historikern als die einzigen europäischen Länder gerühmt worden, die sich schon im Mittelalter eine konstitutionelle Verfassung errungen haben und im Verlaufe des 19. Jahrhunderts entwickelte sich der württembergische Staat zum freiheltesten unter den zahlreichen deutschen Ländern. Heute ist die Grundlage der staatlichen Willensbildung, beruhend im allgemeinen demokratischen Wahlrecht, die gleiche im Süden wie im Norden. Damit sind die psychologischen Hemmnisse beseitigt, die es bisher verhindert haben, die Konsequenzen zu ziehen, aus der Entwicklung der Wirtschaft und Verkehrsverhältnisse, aus den politischen Erkenntnissen und Einsichten. Deutschland wird nicht, wie gewisse Kreise es darzustellen versuchen, den Zentralismus irgendeines anderen Landes blindlings nachahmen, sondern bei der dringenden notwendigen Reichsreform das historisch gewordene und die kulturellen Möglichkeiten berücksichtigen. Und wenn der württembergische Staatspräsident den Anschein erweckt, als ob das württembergische Volk die Augen gegen solche Erkenntnis verschließe, so muß in aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß es sich dabei um ein Manöver der Reichsregierung für die in Württemberg bevorstehenden Wahlen handelt. Man schaut jedoch das württembergische Volk viel zu tief ein, wenn man glaubt, daß es einer solchen parteipolitischen Demagogie auf Kosten des Reichsgedankens zum Opfer fallen würde. Württemberg wird bei seinen Landtagswahlen ein Vorpostengebiet für die große Entscheidung im Reiche liefern, um dem deutschen Volke zu beweisen, daß bei ihm noch der knorrige alte Freiheitsdrang herrscht. Damit wird es sich im wahren Sinne des Wortes als deutsch und als national erweisen, und auch die sozialen Kräfte werden sich in Württemberg antizipieren zur Schaffung eines wahren sozialen Volksstaates. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Ansoth (Dnat.) erklärt, die Rat der Landwirtschaft bedrohe das gesamte deutsche Volk mit einer Katastrophe. Wir liefern Gefahr, mitten im sogenannten Frieden die Kernprovinzen des alten preussischen Staates zu verlieren. Deshalb sei eine großzügige Disposition notwendig. Die deutsche Zahlungsbilanz liege unter dem Druck der Reparationsleistungen ein hoffnungsloses Bild. Die Idee, daß wir unsere Stellung auf dem Weltmarkt erheblich verstärken könnten, werde sich als Illusion erweisen. Das Geld für Exportkredite sollte man lieber für die Landwirtschaft verwenden. Ganze landwirtschaftliche Gebiete würden von den Steuern befreit werden müssen. Der Redner weist weiter die Angriffe auf den deutschnationalen württembergischen Staatspräsidenten Bazille zurück, dessen Ausführungen auf der Länderkonferenz nicht so ausgelegt werden dürften, wie es hier geschehen sei.

Abg. Schröder-Mecklenburg (Dnat.) hält eine Revision der Dames-Gesetze für die Voraussetzung zu einem Wiederaufbau Deutschlands. Dazu scheint aber der richtige Zeitpunkt schon verpaßt zu sein. Die Länderkonferenz sei ein Schölog ins Wasser gemein, ihr Ergebnis sei nicht Null.

Um 18½ Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag, 14 Uhr, vertagt. Außerdem steht auf der Tagesordnung die Fortsetzung der Debatte über die Ruhe-Entschädigungen und die zweite Beratung des Luft-Etats.

Zum Kochen von Gemüsen

# MAGGI'S

## Fleischbrühe



## Die brave Frau Heinicke.

Von Frida Edel.

Frau Heinicke ist eine außerordentlich brave Frau. Der ehrenwerteste Idiot findet keinen Mangel an ihr. Ja, der ehrenwerteste von allen, ihr Mann, geruht zu zweifeln, ihre Brautheit anzuerkennen. Und das will was heißen . . .

Es ist gar nicht so einfach, eine so brave Frau zu sein wie Frau Heinicke. Es gehört unheimlich viel dazu: unermüdliches Schaffen von morgens bis Mitternacht, ohne Anerkennung zu finden und ohne Anspruch darauf zu erheben, stetes Bereitsein für die Launen und Wünsche der Familienmitglieder, ohne selbst Launen und Wünsche zu haben, und dabei immer den unangenehmsten Dingen ein geduldiges Lächeln zeigend: so ist Frau Heinicke.

Ich bewundere sie sehr . . .  
Es ist ausgeschlossen, daß solch Brautheit ein Naturzustand ist. Ich glaube, daß man darauf trainieren muß, daß diese Brautheit erworben werden muß durch sehr viel Verzicht, durch vollständiges Aufgeben aller eigenwilligen Wünsche und Träume und Sehnsüchte — mancher lernt das nie.

Es gibt keine absolute Brautheit. Wir alle haben unsere Flegeljahre gehabt — bis wir unter die Fuchtel kamen . . .

Auch Frau Heinicke, die brave, stille, kleine Frau Heinicke, die für alle Schikanen des Lebens das gleiche geduldige, resignierte Lächeln hat, war nicht immer die brave Frau Heinicke.

Nicht etwa, daß sie sensationelle Abenteuer hinter sich hätte. Sie ist gar nicht weiter sensationell, die Geschichte ihres „dunklen Punktes“, nur so, wie alle Geschichten von rebellischen Herzen, die still geworden sind: ein bißchen lächerlich und ein bißchen traurig . . .

Es war in einer jener Stunden zwischen Tag und Dämmerung, eine jener stillen Stunden, in denen wir das Schlagen unseres Herzens hören, in denen unsere gestorbenen Träume die Augen aufschlagen, in denen das Sonnenschiff der Sehnsucht in die Ferne fliegt . . .

Das Zimmer lag schon im Dunkel, draußen kramten einige Lichter auf, der Schnee fiel so leicht, aus der Nebenwohnung drangen vereinzelte Akkorde eines Chopin'schen Nocturno — da sagte die kleine Frau Heinicke plötzlich, so ganz aus ihrer Gedankenverlorenheit heraus: „Ja . . . genau so ein Tag war das, als ich meinem Mann davonlaufen bin.“

Ich traute meinen Ohren nicht.  
„Kind — was machst du für große Augen? Ja freilich . . . Du weißt ja nicht . . . Aber — das ist schon so lange her. Wozu davon reden . . . Ist ja längst Gras über die dumme Geschichte gewachsen. Laßt alles wieder so hübsch im alten Glais, so viele Jahre schon . . .“

„Ja, so viele Jahre schon, die ich dich kenne, laßt alles bei dir so hübsch im Glais. War das nicht immer so?“

„So viele Jahre, ach . . .“ Sie lachte, ein sonderbares Lachen. Ich hatte Frau Heinicke noch nie so merkwürdig lachen hören. Ich kannte ja an ihr nur dieses kleine, geduldige Lächeln.

„Ja, hent' dir, damals schon spielte irgendetwas hier im Hause dieses Chopin'sche Nocturno. Ja — und da war so ein Wintertag. Und die beschneiten Gäßchen sahen so lustig aus. Damals war ich noch so dumm, mußte du wissen. Und so anspruchsvoll. Ach Gott, ich hatte geglaubt, die Ehe, das wäre so ein Hand-in-Hand-Gehen, so eine prächtige Kameradschaft, weißt du. Und dann war alles ganz anders. Weißt du, die Männer brauchen ja gar keinen Lebenskameraden, das bilden wir uns bloß ein.“

„Aber du darfst das doch nicht so verallgemeinern . . .“  
„Ach, laß . . . mein Mann ist nicht besser und nicht schlimmer, als tausend andere . . .“

Aber damals war ich über manches empört, woran ich mich heute längst gewöhnt habe. Man gewöhnt sich ja an alles . . .  
„Nun, und . . .“, fragte ich, als mir ihr Schweigen zu lange dauerte. „An jenem Wintertag?“

„An jenem Wintertag . . .“ Ja, da hatte sich mein Mann ganz besonders unfamerobfächlich benommen. Und als ich dann weinte, nannte er mich ein hysterisches Frauenzimmer . . . und dann ging er fort . . . zu seinen Regelbrüdern . . . Männer haben ja immer Regelbrüder oder Stallfreunde oder Berufskameraden, zu denen sie gehen, wenn sie sich ärgern . . . Wohin gehen wir?“

„Und dann ließt du also fort . . .“, unterbrach ich wieder ihr Schweigen.

„Ja, dann lies ich fort. Ich mußte nicht, was ich wollte, wohin ich wollte. Es war etwas sehr Sinnloses, dieses Davonlaufen. Da stieß ich nun in der Stadt herum. Und alles war so grau und sinnlos häßlich, die Häuser und der Himmel und der Schnee, der in der Vorstadt so lustig ausgehen konnte und in dem Straßengewirr der Stadt zu schmutzigem Schlamm wurde. Und dann wurde es Nacht, so eine kalte, finstere, sternlose Nacht. Da stand ich nun auf einer Brücke und starrte in das dunkle Wasser hinunter. Ich fand nicht den Mut, hinunterzuspringen. Stundenlang habe ich da gestanden. Und dann kam ein Schutzmann und brachte mich ins Obdachloshaus. Geßlich war das! Stelle dir vor: ich wurde unterjocht, ob ich ungeziesler hätte, ich mußte einen rot und weiß gestreiften Kittel anziehen, und dann mußte ich mich auf eine eiserne Bettstelle mit Drahtmatratze legen. Ich habe die ganze Nacht kein Auge zugehen. Neben mir lag ein junges Mädchen, das die ganze Nacht stöhnte und wimmerte. Sie war schwanger. Deut' dir: schwanger und obdachlos! Dann war da eine siebzehnjährige Frau, die die halbe Nacht über die Schlechtigkeit der Menschen schimpfte. Und dann war noch eine Polin da, die kannte fast sämtliche Obdachloshäuser Deutschlands und erzählte gräßliche Geschichten. Es war eine schauerliche Nacht . . .“

„Und am anderen Tage kam dein Mann und holte dich zurück ins traute Heim!“

„Ja. Woher weißt du das?“  
„Das ist ja nicht schwer zu erraten. Der menschenfreundliche Schutzmann wird ihn benachrichtigt haben.“

„Ja, das hat er.“  
„Und du warst sehr froh, daß du nicht mehr obdachlos warst, wie das schwangere Mädchen oder die siebzehnjährige Frau oder die Polin, die sämtliche Obdachloshäuser Deutschlands kannte.“

„Ja, ich war sehr froh. Und hab' mich sehr geschämt!“  
„Geschämt? Weshalb? Weil du davonlaufen oder weil du wiedergekommen bist?“

Auf diese Frage hat mir Frau Heinicke keine Antwort gegeben. „Und dein Mann hat dir großmütig verziehen?“

„Das hat er.“  
„Ja, und dann bist du die brave Frau Heinicke geworden. Und bist nie mehr davonlaufen. Und hast dich an alles gewöhnt.“

„Wir wollen dich angünden.“ brach da die kleine Frau Heinicke

das Gespräch so jäh ab, wie sie es begonnen hatte, und machte eine Handbewegung, als wolle sie etwas verschweigen, das in ihrem braven Leben keinen Platz haben durfte . . .

Nicht wahr, sie ist gar nicht sensationell, die kleine Geschichte der braven Frau Heinicke? Nur so, wie alle Geschichten von rebellischen Herzen, die still geworden sind: ein bißchen lächerlich und ein bißchen traurig.

## Schnee in der Heide.

Von Hans Blum-Oidemaren.

Wie stehen die Erden Hüter zwischen dem Himmel und meiner weißen Heide. Ihre Befehle, um eine verstopfte Quelle gedrängt, drohen tollschwarz mit Strünten und Ruten wie aus unterirdischen Kräften gegen die müde Einsamkeit. Denn aller Schnee ist blind und die Weite ist grau und zufrieden. Auch der Wind ist schlafen gegangen und die Wolken wieben seit langem milde stehen.

Die Erden rühren sich nicht, aber sie drohen ihren Widerspruch gegen die reine, helle Welt lautlos in die Runde. Noch nie sah ich ein Schwarz so auffällig, so zerstörend, mitten in der gemessenen, schwermütigen Einsamkeit der Heide, wie diesen Erdenbruch. Ohne lastenden Schnee, den über Tag eine Stunde Sonne schmolz, ohne Uebergang, aufrecht, mit gestraukten Schöpfen und geballten Fäusten haben sie in ihrer Mulde Blöge genommen und lauern auf eine Stunde, die dieser Heide Frieden bricht. Vielleicht, daß sie dann zu Flammen aufbrechen werden. Sie knistern, wenn man zu ihnen hinüberwandert.

Wieviel friedlicher ist der weiße Kiefernwald! Sonne und Mittagswind hatten ihn noch nicht berührt. Mit weißen Bäumen und struppigen Gressenschöpfen reißt sich ein Baum an den anderen, wer weiß ihre Zahl? Denn diese Einsamen, an deren Füße schon die laure Erde reicht, die Riesen, die einst einem ruhigen Sterben vor der Keimung wuchernden Büschen verfallen, scheinen so alt, wie die Heide selbst. Ungeheuer, wie Eichen zerpflegt, halb vorgebeugt von der weißen Last, neigen sie sich gegen die Weite, als lauften sie lein undenklichen Tagen auf einen König, der über die Heide käme, oder auf ein Wort, das aus dieser dürren Erde einen Garten gäubert. Ihnen gehören drüben in der Schwelldung des Bodens die Wacholder, dunkle Freunde, die nicht von ihrer Wurzel weichen und doch ewig die Haltung ruhigen Wanderers haben, ihnen gehört die Weite dieses Winters. Ich sah viel Birnen und Apfeln jenseits der Alpen. Seltsamer, urgewaltiger stehen diese Kiefern in der nordischen Landschaft mit ihren Kronen, wie treibende Wolken, mit ihren roten Hochstämmen, die auch an grauen Tagen vom Sonnenlicht etwas bemahrt zu haben scheinen. Eindringlicher, traumhafter sprechen die Wacholder zu mir, die zu meiner Seele gehören und unseres Lebens rätselhaften Abklang tragen.

Was hat er doch für Rot, was bullert der arme Winter den ganzen erfrorenen Bach, entlang! Mein Schlitten antwortet lustig klingend, der Schnee läubt zu ihm hinüber. Er fährt mitten durch die weite Weite, die vom schwarzen Hohlraum unter den Balken bis zum Kiefernrand drüben nach Norden reicht. Eine Reihe kurzköpfiger Pflanzweiden weist den Weg. Sie werden alljährlich gelährt und haben echte arme Strubbelköpfe. Ohren und Kröpf wachsen fast über den Schädel hinaus. Dazu wenig Kurzweil, selbst im Sommer, denn es ist selten, daß ein Mensch diesen Weg ins Moor ohne Ende fährt. Aber jetzt haben sie ihren verdrachten Spöß: unterm Eis kullert und bullert und hämmert einer vor Atemnot. Der alte Winter, der im Sommer nicht genug über ihre Fragen lachen kann, ob schon ihm selbst das Moos auf dem Rücken wächst, neidet in diesen Wochen den Pflanzweiden die stille, frostkalte Luft wie das Leben. Und weil er bei ihnen kein Mitleid erfährt, schreit er neben meinen Schlitten her, hofft wohl, ich werde ihm eine Tür in die Eisdecke schlagen. Aber immer, wenn ich halte, ist er fast totentstarrt oder knaut weiter ab und rüst mich dorthin. Er hat Furcht, sich mir zu zeigen, ich weiß es. Aber schließlich kann ich nicht hinter ihm drein laufen. Er hat auch noch jeder Winter überstanden, ich könnte weit rennen, müßte ich allen Winterkater Lustigheit haften. Ich schaue lieber über die wippenden Schellenbüsche der Pferde hinaus, suche dahin, wo Heide und Balken sich berühren. Einmal, sagte man als Kind, würde dort ein Schloß oder ein Kriegergarten aufsteigen, der für mich bereiteht. Ich suchte ihnen seitdem Jahr um Jahr zugehen, aber noch fand ich nichts. Wer weiß auch, ob sie nicht längst Fremden gehören, die mir zu vorkamen, was suche ich noch? Ich bin ja doch dieser Weite verfallen, diesen weißen Ebenen, die für mich sind und meines Lebens Teil. Ach, ich möchte oft die Arme ausbreiten, mich flach vornüber werfen und mich von ihnen einfangen lassen, um eins zu werden mit ihrer schwermütigen Innigkeit, mit der sie mich rufen und an sich locken. Aber immer, wenn ich schon die Jügel falte, schweift mein Blick wieder voraus, dahin, wo Himmel und Erde einen schmalen Strich bilden, der einst zum Garten aufspringen soll.

Darwins Wohlfühl als Rationalist. Der Präsident der British Association, der Anatom Sir Arthur Keith, hatte kürzlich zur Sammlung eines Fonds aufgefodert, damit man Darwins Haus zu Downe in Kent als Nationaldenkmal erwerben könne. Das Haus ist noch im Besitz des hochbetagten Sohnes des großen Naturforschers, des Pflanzenphysiologen Prof. Francis Darwin, und dient gegenwärtig einer Mädchenschule. Unmittelbar nachdem die Aufforderung bekannt geworden war, lief das telegraphische Angebot des als Sammler bekannten Arztes G. Browne ein, die nötige Summe für den Ankauf und für eine zur Erhaltung erforderliche Stiftung zur Verfügung zu stellen. Der Spender machte zur einzigen Bedingung, daß ihm die Kosten allein zur Last fallen sollten. Er äußerte ferner den Wunsch, daß das Haus, die Studier- und Arbeitsräume und die Wohnzimmer sowie der Garten möglichst wieder in den Zustand wie zu Darwins Lebzeiten versetzt und kostenlos zugänglich gemacht würden; zum Rufus möge man einen bedürftigen und arbeitsamen Arzt bestimmen.

## Pflanzennahrung der Urbevölkerung

Von Dr. W. Wächter.

Als die Menschen den Ackerbau noch nicht erfunden hatten, als sie sich von der Jagd, vom Fischfang ernährten oder nomadisch wandernde Hirten waren, mußten sie natürlich irgendwelche pflanzliche Nahrung genießen, da der Mensch von Fleisch allein nicht zu leben vermag. Wenn sie also noch nicht verstanden, Pflanzen zu kultivieren, so blieb ihnen nichts anderes übrig, als zu nehmen, was ihnen die Natur an wilden Pflanzen bot; sie sammelten also Kräuter, Wurzeln, Zwiebeln, Knollen und Früchte, ganz wie die Tiere. — Bevor die Menschen gelernt hatten, Feuer zu machen, wurden die Pflanzen wie das Fleisch selbstverständlich roh gegessen, was unseren Vorfahren übrigens ganz gut bekommen sein muß. Bekanntlich wird ja auch heute noch der Rohkost das Wort geredet, und wir alle essen ja immer noch rohe Früchte und Salate, wie wir Lattichbeefsteak und rohe gezeigte Heringe mit mehr oder weniger Genuß verzehren.

Aus Professor Maurizio's neuem Buche (Die Geschichte unserer Pflanzennahrung von den Urzeiten bis zur Gegenwart, Verlag von Paul Parey, Berlin) können wir zu unserem großen Erstaunen lernen, welche Fülle von verschiedenen Pflanzen den „Sammler-völkern“ zu Gebote standen. Etwa 500 Pflanzenarten hat Maurizio ausfindig gemacht, die auf der nördlichen Halbkugel, ohne Berücksichtigung der Tropen, gesammelt wurden. Würden wir die Pflanzen der südlichen Halbkugel und die der Tropen auch kennen, so würde die Zahl der Nahrungspflanzen sicher auf das Doppelte anschwellen. Mit Erfindung des Ackerbaues wird die Zahl der Nahrungspflanzen immer geringer, und heutzutage, wo wir eigentlich nur noch angebauten Pflanzen essen, lassen sich diese fast an den Fingern abzählen.

Es war natürlich nicht leicht, festzustellen, welche Pflanzen unsere Vorfahren vor Tausenden von Jahren gegessen haben, aber wir gewinnen doch ein ziemlich zuverlässiges Bild von der pflanzlichen Nahrung, wenn wir ausfindig machen, welche Pflanzen jetzt noch von den primitiven Völkern gesammelt werden, was sich an Pflanzenresten in den Gräbern vorgeschichtlicher Völker, der Pfahlbauern u. s. w., findet und welche Pflanzen in geschichtlicher Zeit von den Menschen bei Hungersnöten gesammelt werden. Unsere Forschungsreisenden haben nur zum Teil auf die Nahrungspflanzen der „Wilden“ acht gegeben, und selbst die Botaniker unter den Reisenden haben sich meistens darauf beschränkt, die wildwachsenden Pflanzen zu sammeln und zu bestimmen. Forscher, wie der berühmte Afrikareisende Schweinfurth, der großes Gewicht auf die Erforschung der Nahrungsmittelbeschaffung der Eingeborenen legte, sind selten. Auch die Prähistoriker, die Erforscher vorgeschichtlicher Völker, haben lange Zeit die Bedeutung pflanzlicher Reste in den Gräbern verkannt, und der Inhalt mancher Urne ist als unverständlich verschüttet worden. Die Bedeutung der Pflanzen, die in Hungerszeiten gesammelt werden, für die Fragestellung Maurizio's wird jeder begreifen, der sich an die „Bildgemälde“ seit des letzten Krieges erinnert. Daß viele Wildgewächse einstmals zu den Sammlerpflanzen unserer Vorfahren gehört haben, ist mit Sicherheit anzunehmen. Es ist ein soziologisches Gesetz, daß in Zeiten rückwärtiger Kultur die Menschen immer wieder

auf die Sitten und Gewohnheiten bereits durchlaufener Entwicklungsphasen zurückgreifen. Wenn plötzlich alle Nahrungsmittel verschwinden, so würden wir genau wieder die Werkzeuge unserer Vorfahren benutzen; wenn es plötzlich kein Eisen oder Kupfer mehr gäbe, würden wir wieder unsere Waffen und Werkzeuge aus Stein herstellen. So geht es also auch mit den Nahrungsmitteln.

An wie interessanten Dingen man vorübergehen kann, wenn man die Kenntnisse der menschlichen Ernährung nicht genug würdigt, lehren die Fälle, in denen die Forscher sich einmal mit diesen Dingen etwas eingehender beschäftigt haben. Zu den anregendsten Kapiteln des Maurizio'schen Buches gehört dasjenige, in dem die Rede ist von der gemeinschaftlichen Nahrung der Menschen und der Tiere. Wie die Menschen sich Vorräte beschaffen, so gibt es außer dem Hamster eine ganze Reihe von Tieren, die in guten Zeiten an die schlechten denken. So sammelt z. B. eine Wasserkröte Wurzeln, die sie sorgfältig reinigt und fortiezt. In Sibirien gibt es eine Wühlmaus, die ebenfalls große Mengen von Wurzeln sammelt, sie sorgfältig reinigt und in zollange Stücke zernagt. An der Mongolei lebt eine Hasenart, die sich Heuerräte anlegt. Die Menschen spüren ihnen nach und treiben ihre Schafe in jene Gegenden, wo der Halm liegt, wenn das Futter knapp wird. Die Schafe rauben dann das Heu, das die Hasen mit Mühe zusammengebracht haben. In Nordafrika besiedeln die Wälder die Borsackstämme der Wäuse, die die Zwiebeln des Türkenbundes, einer auch bei uns vorkommenden Pflanze, aufspeichern. Diese Zwiebeln gelten bei den Stämmen für einen Vorrat, sind aber etwas mühsam zu sammeln, und so lassen sie die Wäuse für sich arbeiten. Als Ersatz legen die Menschen in die Wäuselächer Irtdelnsäcke, und außerdem lassen sie den Wäusen etwa ein Drittel der Zwiebeln zurück. Ähnliches wird von einem Anbläperstamm in Amerika berichtet; auch sie entnehmen den Borsackstämmen der Wäuse schwer zu sammelnde Pflanzenteile, eine Erdbohne. Dafür legen sie den Wäusen Mais in das Nest, und auch sie lassen einen Teil der Erdböhnen zurück. Der Entdecker dieser sonderbaren „Interessengemeinschaft“ spricht von einer Symbiose zwischen Mensch und Maus. Da wir aber in der Biologie unter Symbiose ein Gemeinschaftsleben verstehen, in dem jeder Partner dem anderen nützlich ist oder zum mindesten keiner den anderen schädigt, so ist die Beziehung Symbiose wohl nicht ganz zutreffend, denn ohne Frage ist die Maus im Nachteil. Im Grunde genommen ist es ein ganz raffiniertes Egoismus, wenn die Wäusel und Anbläperer den Tieren so viel der kostbaren Zwiebeln und Bohnen lassen, daß sie nicht die Lust zum Weiterwachsen verlieren.

Es ist merkwürdig, mit wie sicherem Instinkt die Tiere die ihnen bekömmlichen Pflanzen sammeln und das Schädliche vermeiden. Und so müssen wir wohl annehmen, daß auch die Naturvölker noch mit einem ähnlichen Instinkt für das ihnen zuträgliche ausgestattet sind, der uns ganz verlorengegangen ist. Wer von uns heute, ohne Kenntnis der Pflanzen zu besitzen, darauf angewiesen wäre, sich seine Nahrung zu sammeln, würde ganz bestimmt nicht immer das Richtige treffen, sondern manche giftige Beeren und Wurzeln erfrüchten lernen, nachdem sie ihm Beschwerden gemacht haben.

